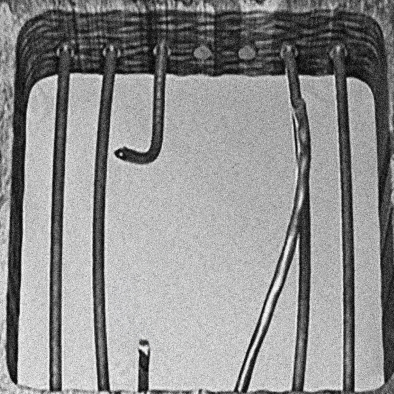


*Über 26 Jahre Knast - 10 Jahre SV - Es reicht!*

# **Freiheit für Thomas Meyer-Falk**



Textsammlung von Thomas aus der  
Sicherungsverwahrung (SV) der JVA Freiburg  
<https://freedomforthomas.wordpress.com/>



## Editorial

Unser Genosse und Freund Thomas Meyer-Falk sitzt seit 1996 hinter deutschen Gittern, zunächst im „normalen“ Strafvollzug und zuletzt zehn Jahre in Sicherungsverwahrung (SV) in der JVA Freiburg. Im Juli 2023 findet nun eine ausführliche Prüfung über eine mögliche Freilassung oder Verlängerung der SV statt. Thomas ist ein sehr vernetzter und aktiver Gefangener, der regelmäßig mit Texten aus dem Knast über den Alltag hinter den Mauern berichtet. Zum Anlass einer hoffentlichen Freilassung haben wir eine Textsammlung zusammengestellt, um seine Geschichte, Analysen und Erlebnisse weiteren Genoss\*innen vorzustellen.

Sämtliche Texte bis auf *Tiefer Eingriff in die Seele* (S. 20) sind von Thomas verfasst. Auf seinem Blog <https://freedomforthomas.wordpress.com/> sind diese und weitere Veröffentlichungen, sowie seine noch aktuelle Postadresse in der JVA zu finden.

*Wir freuen uns darauf, dich hoffentlich bald draußen in unsere Arme schließen zu können. Halte durch!*



## Inhaltsverzeichnis:

Kurze Selbstvorstellung von Thomas .....	3
10 Jahre Urteil zur Sicherungsverwahrung .....	3
Knastshop Massak Logistik GmbH in der Diskussion .....	8
25 Jahre in den Gefängniszellen der Bundesrepublik Deutschland!.....	9
Datenschutzbeauftragte rüffelt JVA Freiburg .....	14
Prognosen über zukünftiges Verhalten – eine Gefangenenperspektive! .....	15
Telefonie im Gefängnis im 21. Jahrhundert .....	17
In eigener Sache: Gutachten nach 26 Jahren Haft!.....	18
Neues Deutschland (ND) berichtet umfassend zur Sicherungsverwahrung .....	19
Tiefer Eingriff in die Seele - Beitrag von Frau Prof. Dr. Graebisch .....	23
A long road .... der Kampf um die Freiheit!.....	28
Anti-Knastdemo Ende 2022 – aus Gefangenessicht!.....	30
In eigener Sache: Gericht erwägt zweites Gutachten wegen Prüfung der Haftentlassung!....	30
Haftanstalt befürwortet Vollzugslockerungen für Thomas Meyer-Falk.....	32
In eigener Sache: Weitere Spaziergänge – es bleibt spannend! .....	33
Der Freiheit und dem Leben so nah! Gericht entscheidet sich für Entlassung.....	35

## *Kurze Selbstvorstellung von Thomas*

Am 15. Mai 1971 geboren, sitze ich seit der Festnahme 1996 in Haft, erst in Isohaft in Stuttgart Stammheim bis Frühling 1998, dann etwas "gelockert" im bayrischen Straubing, seit Herbst 1998 in Isohaft in bruchsal. Verurteilt wurde ich 1997 wegen eines Bankraubs mit Geiselnahme, anlässlich dessen Geld für legale und illegale linke politische Projekte organisiert werden sollte. Ich bin ein so genannter red-skin (rash = red & anarchist skinhead) und da ich mich mitunter deutlich ausdrücke, erfolgten 2000 und 2004 weitere Verurteilungen wegen Nötigung, Beleidigungen, Bedrohungen - wie die Juristen es nennen - "zum Nachteil" von Vollzugsjuristen, Richtern, Staatsanwälten, sowie ein paar Politikern (u.a. Bundeskanzler Schröder, bayrischer Innenminister Beckstein, hessischer Ministerpräsident Koch).

Insgesamt stehen 16 Jahre, 9 Monate und drei Wochen Freiheitsstrafe an und danach Sicherungsverwahrung, d.h. eine Entlassung ist unabsehbar. Antritt der SV ist für Juli 2013 Seitens der Justiz vorgesehen.

Ein wort zu der Geiselnahme an dieser Stelle: Auch wenn es schlussendlich darum geht für eine bessere, eine freiere Welt einzutreten, letztlich also eine Gesellschaftsform, die ohne Gewalt auskommt, sehe ich keinen Anlass, das was ich getan habe, zu bereuen, so schockierend das Erlebnis für die Geiseln in der Bank auch war (Physisch wurden sie nicht verletzt, aber die Bedrohung mit Schusswaffen über einige Stunden hinweg, war unzweifelhaft ein psychischer Schock). Es ist nicht leicht die richtigen Worte zu finden (zumal alles was ich schreibe erst über die Zensur der Gefängnisleitung geht); es geht weder um die Marginalisierung der seelischen Verletzungen der Geiseln, noch um eine Heroisierung dessen was ich getan habe. Dass ich nicht „bereue“, warf mir schon 1997 das Gericht vor, das mich verurteilte ... am Ende bleibt vielleicht nur - Schweigen!?

## *10 Jahre Urteil zur Sicherungsverwahrung*

Veröffentlicht am 18. April 2021

Am 04. Mai 2011 meldeten die Nachrichtenticker ein spektakuläres Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG): Die wesentlichen Regelungen zur Sicherungsverwahrung (SV) wurden für verfassungswidrig erklärt. Dem Gesetzgeber eine Frist bis 31. Mai 2013 gesetzt, neue Bestimmungen zu erlassen. Wie stellt sich aus Betroffenenensicht die Situation heute dar?

### **Zur Geschichte der SV**

Mit dem „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher“ vom 24.11.1933 wurde von den Nationalsozialisten die SV in das Strafrecht aufgenommen. Seitdem können in Deutschland Menschen auch über die eigentlich zugemessene Freiheitsstrafe hinaus inhaftiert werden. Das Oberste Gericht der DDR verbot in den 50er Jahren die Anwendung der Regelungen zur SV, da diese „faschistischen Ungeist“ atmen würden.

## **Die Verschärfungen 1998 – 2004**

Noch unter der CDU/FDP-Koalition von Helmut Kohl wurde durch Gesetz vom 26.01.1998 die Zehnjahreshöchstfrist für die erstmalig angeordnete SV aufgehoben. Bis dato mussten Verwahrte zwingend nach 10 Jahren Vollzug der SV frei gelassen werden. Nunmehr konnte eine Verwahrung auch darüber hinaus erfolgen, und zwar nicht nur bei neu zu verurteilenden Personen, denn die Neuregelung galt unmittelbar auch für längst in SV einsitzende Menschen.

Im Jahr 2005 wurde auf Bundesebene auch ein Gesetz über die nachträgliche Verhängung der SV eingeführt, das erlaubte, bei Strafgefangenen erst während des laufenden Strafvollzuges die SV anzuordnen. Sollte sich, so die Begründung, nämlich erst während des Vollzugs der Freiheitsstrafe erweisen, dass ein Mensch „gefährlich“ für die Bevölkerung sein, wäre es unverständlich, einen solchen Menschen frei lassen zu müssen.

## **Die rechtlichen Probleme und nachfolgenden Gerichtsverfahren**

Weil die Regelungen gewissermaßen „rückwirkend“ galten, stellte sich schnell die Frage, wie die Verschärfungen mit Artikel 103 Absatz 2 Grundgesetz vereinbar sein sollen. Danach ist nämlich die nachträgliche Verlängerung von Strafen verboten (so genanntes Rückwirkungsverbot). Für jene Betroffenen, deren Urteil oft schon 15 oder mehr Jahre zurück lag, die sich 1998 in SV befanden, stellte sich nämlich die gesetzgeberische Entscheidung als eine Verlängerung der Haft auf unabsehbare Dauer hinaus dar. Das BVerfG machte sich die Sache eher einfach. Es entschied am 05.02.2004 ([https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2004/02/rs20040205\\_2bvr202901.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2004/02/rs20040205_2bvr202901.html)), dass kein Verfassungsverstoß vorliege, denn das Rückwirkungsverbot gelte nur für Strafen. Bei der SV handele es sich jedoch um eine präventive Maßnahme, ihr komme „kein (...) Strafcharakter“ zu, da sie „keine Reaktion auf die in der Anlasstat verwirkte Schuld“ darstelle.

Dem folgte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) nicht. Er stellte sechs Jahre später durch Urteil vom 17.12.2009 (und weiteren Urteilen in den Folgejahren) klar, dass die SV durchaus wie eine Strafe ausgestaltet sei und für sie das menschenrechtlich verankerte Rückwirkungsverbot gelte.

Hieran anknüpfend kamen einige Oberlandesgerichte, wie das in Karlsruhe, zu dem Ergebnis, eine über 10 Jahre hinaus dauernde Vollziehung der SV bei zur Einführung des entsprechenden Gesetzes 1998 schon Verurteilten, sei rechtswidrig, die Urteile des EGMR seien unmittelbar geltendes Recht und zu befolgen. Deshalb seien die Betroffenen frei zu lassen.

Andere Oberlandesgerichte, darunter Köln und Nürnberg, folgten dem nicht. Deren Ansicht nach hätten Urteile des EGMR keine Gesetzeskraft. Gültige Gesetze der BRD müssten befolgt werden, so auch die seit 1998 geltende Regelung zur Streichung der 10-Jahres-Grenze. In den dortigen Bezirken wurden die Betroffenen nicht entlassen. Letztlich musste erneut das BVerfG entscheiden.

## **Urteil des BVerfG vom 04. Mai 2011**

Nach einer mündlichen Anhörung am 08. Februar 2011, bei welcher zahlreiche Sachverständige gehört wurden, kam der 2. Senat des BVerfG zu dem Schluss, die Regelungen würden nun doch



die Verfassung verletzen: ([https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2011/05/rs20110504\\_2bvr236509.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2011/05/rs20110504_2bvr236509.html)). Es urteilte, dass die meisten Regelungen zur SV verfassungswidrig seien. Eigentlich hätten die Be-troffenen deshalb frei gelassen werden müssen. Hierzu wollte sich die Mehrheit der acht RichterInnen nicht durch-ringen und legte eine Übergangsfrist von 2 Jahren fest, innerhalb derer eine Neuregelung zu schaffen sei.

Einerseits beharrte das BVerfG weiter darauf, dass auf die Regelungen der SV nicht das für Strafen geltende Rückwirkungsverbot anzuwenden sei und distanzierte sich insoweit deutlich von den Urteilen des EGMR, andererseits kam das Gericht nicht umhin zuzugestehen, dass der Vollzugsalltag in der SV weitestgehend von bloßer Verwahrung gekennzeichnet sei, welche nicht ansatzweise dem „Sonderopfer“ (so die Wortschöpfung des BVerfG) der Betreffenden gerecht werde, welche nämlich in einem Gefängnis leben müssen, wiewohl ihre Strafe längst verbüßt sei. Vorsorglich machte des BVerfG dem Gesetzgeber einige Vorgaben, wie künftig der Vollzug auszugestalten sei (zu den Details Absätze 111 ff in dem Urteil vom 04.05.2011).

### **Reformen zum 01. Juni 2013**

Tatsächlich setzten der Bund und die 16 Länder zum 01.06.2013 zahlreiche neue Regelungen in Kraft. Konnte zuvor SV bspw. auch wegen Betrugs oder wegen Einbrüchen verhängt werden, fielen diese Delikte vollständig aus dem Katalog der SV heraus. In der Regel darf die SV nur wegen schwerer Gewalt- oder Sexualtaten angeordnet, bzw. vollstreckt werden.

Mehrere Bundesländer, darunter Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, bauten für teilweise zweistellige Millionenbeträge neue Hafthäuser, in welchen die Zellen nicht mehr über eine offene WC-Schüssel in der 8m<sup>2</sup> kleinen Zelle, sondern einen abgetrennten Nassbereich, teilweise mit Dusche, verfügten, sowie einen Herd und sich die Größe auf über 20 m<sup>2</sup> fast verdreifachte. Auch die Hofareale wurden vergrößert, vor allem wurde das Personal aufgestockt. Konnte noch vor der Reform der damals für die Betreuung der Freiburger Verwahrten zuständige Sozialpädagoge Herr Görzel in einem Fachaufsatz, zusammen mit seinem Kollegen, berichten, sie gemeinsam hätten 1/2 Stelle für die Betreuung der Untergebrachten, also jeder der beiden 1/4 Stelle, ist heute der Personalschlüssel bei ca. 1:16. Das bedeutet, ein/e Sozialarbeiter/in, bzw. Psychologe/in ist für rund 16 Untergebrachte zuständig (nur zum Vergleich: Im Strafvollzug sind Personalschlüssel von 1:90 und mehr üblich).

Angeboten werden Maltherapie, Bewegungstherapie, Einzel- und Gruppentherapien, sowie eine „milieu-therapeutische“ Begleitung im Haftalltag.

### **Perspektive von Untergebrachten**

Es gibt nicht nur die/den exemplarische/n Untergebrachte/n (wie es unter den fast 600 Sicherungs-verwahrten fast nur Männer gibt. Aktuell werden in Frankfurt a. M. und in Schwäbisch Gmünd jeweils eine Frau verwahrt), deshalb finden sich unter den Betroffenen auch jene, die begrüßen, dass sich, manchmal erstmals in ihrem Leben ein ganzer Stab von Menschen um sie, ihre Sorgen, Nöte und Befindlichkeiten bekümmert.

Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich jedoch berichten, dass ein wohl wesentlich größerer Teil der Verwahrten ziemlich hoffnungs- und perspektivlos in die Zukunft blickt, zumindest was eine

baldige Frei-lassung angeht. So befinden sich mittlerweile über 20 % der Freiburger Insassen über 10 Jahre in der SV, obwohl eigentlich die Vollstreckung über 10 Jahre hinaus die absolute Ausnahme bleiben sollte.

Allerdings sprach das BVerfG schon in seinem Urteil von 2004 davon, es gebe die „hoffnungslos Verwahrten“, welche also bis zum Tod nicht freigelassen werden würden (welchen man deshalb „einen Rest an Lebens-qualität“ zu gewährleisten habe).

Zu welch destruktiven Entwicklungen die Situation führt, zeigt exemplarisch die Lage in der JVA Freiburg, wo vor Ostern 2020 zwei Verwahrte, im Alter von 36 und 37 Jahren, in die Zelle eines Mitverwahrten eingedrungen und diesen misshandelt haben sollen. Angeklagt wurden sie dann zusätzlich wegen versuchten Mordes, denn es kam der Verdacht auf, sie hätten die Vergiftung eines Untergebrachten geplant und Rattengift in dessen Tiefkühlgemüse eingebracht. Die beiden Angeklagten hatten seit langem versucht, in andere Bundesländer verlegt zu werden, um dort einen Neuanfang zu versuchen, denn durch ihre Vollzugsgeschichte sahen sie hier in Baden-Württemberg keine Zukunft für sich. Es steht deshalb die Möglichkeit im Raum, dass sie durch die Aktion die Verlegung faktisch erzwingen wollten (so wie es im Jahr zuvor Herrn W. gelang. Er schlug im Hof einen Mitinsassen nieder und wurde einige Monate später tatsächlich in ein anderes Bundesland verlegt).

Wer will, kann es sich einfach machen und die beiden Angeklagten als „durchgeknallte Typen“ sehen, und den Mantel des Schweigens darüber breiten. Aber anstatt nur den individual-symptomatischen Teil des Verhaltens in den Blick zu nehmen, erscheint mir der symbolhafte-strukturelle Anteil ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger. Die Verzweiflung von vielen der Bewohner scheint mir nämlich mit Händen greifbar zu sein, Verzweiflung darüber, nur noch eine endlos lange Verwahrung und womöglich gar den Tod hinter Gittern vor sich sehend und dennoch leben zu müssen. Kamen früher Menschen in der SV an, wenn sie dem Rentenalter näher waren als noch dem letzten Schulbesuch, so landen heutzutage 28-jährige, 30-jährige, 35-jährige in den SV-Trakten, also eine viel jüngere Generation. Sie trifft zwar auf ein „multiprofessionelles Behandlungs-team“ (wie das heute in der Elendsverschleierungsindustrie des Justizvollzuges genannt wird), dessen Arbeit jedoch de facto aus der Verwaltung des Elends besteht und nicht in der Schaffung einer lebensbejahenden und realistischen Perspektive auf eine zeitnahe Rückkehr in die Freiheit.

Sie treffen auf ein Klima, das von Verwahrung, Krankheit, Siechtum und Tod gekennzeichnet ist, wo zudem kleinlichste Regelungen, wie sie jedem gefangenen Menschen aus dem Strafvollzug bekannt sind, den Alltag beherrschen (ich berichte darüber auf meinem Blog seit 2013).

Sie treffen auf Bedienstete, die resigniert haben oder mit den eigenen desolaten Karriere-Chancen beschäftigt sind, die sich, zumal wenn sie zum uniformierten Dienst gehören, von den studierten „Team-Mitgliedern“ vielfach nicht ernst genommen fühlen. Oder auf Studierende, die ganz offen bekunden, dass eigentlich viel zu viel Geld in den Bereich SV gepumpt und damit verschwendet werden würde. Geld, das besser in Alten-heimen oder Kindergärten aufgehoben wäre.



Einem Insassen wurde sogar angeraten, er könne sich ja, wenn er weiter unzufrieden sein, in seiner Zelle aufhängen. Wie die Therapeutin später betonte, habe es sich bei ihren Hinweis mit dem „aufhängen“ um eine „paradoxe Intervention“ gehandelt, eine in der Literatur und Praxis sehr anerkannte Interventionstechnik.

Das mag ein Einzelfall sein, wirkt jedoch fort, denn es ist symptomatisch für das Gesamtklima im Bereich der SV. Dem Gefühl der inneren Verwüstung, für das vielen der Einsitzenden die Sprache fehlt sie auszudrücken, tritt eine verwüstende Struktur entgegen. Struktur deshalb, weil in ihr nicht nur die Beschäftigten vor Ort wirken, sondern die Aufsichtsbehörden ebenso wie die gesetzlichen Regeln und zuletzt auch die Gesellschaft, die nicht willens erscheint, etwaige Risiken in Kauf zu nehmen und absolute Sicherheit zur obersten Maxime erhoben wird.

Wo aber die Höhlenbewohner auf Jahre hinaus, den Tod im Blick, in den seit dem 01.06.2013 tatsächlich auf gesetzliche Bestimmung hin „Zimmer“ genannten Zellen hausen, leiden diese Kinder des Todes nicht nur an sich selbst. Denn ihre Mitmenschen bilden für sie den Hintergrund einer niemals enden wollenden seelischen Qual. Sie richten sich ihr Zuhause ein, an einem Ort, wo es kein Zuhause gibt, sie müssen leben, wo es kein Leben mehr gibt.

Es genügt nicht, auf jene Verwüstungen zu verweisen, die sie selbst zuvor zeitlebens angerichtet haben, denn dafür haben sie ihre Freiheitsstrafen verbüßt! Hegel sprach von der Strafe als „Negation der Negation“. Durch die Straftat werde die Norm, letztlich die Gesellschaft „negiert“, und die Strafe negiere ihrerseits diese Negation. Die Verwahrung in der SV geht jedoch weit über diese „Negation der Negation“ hinaus.

Was gemildert werden würde, nähmen Gesellschaft, Politik und Justiz die Vorgaben des BVerfG wirklich ernst, würden also den Vollzug der SV freiheitsorientiert ausrichten, würden den Vollzugsalltag weitestgehend, in praktischer wie auch technischer Hinsicht (z.B. Zugang zu Computern, Internet) dem Leben in Freiheit angleichen. Würden durch tägliche oder zumindest wöchentliche Ausführungen vor die Mauern den Bezug zum Leben dort erhalten sich bemühen. Aber in der Praxis führt es Anstalten schon an die absoluten Leistungsgrenzen, die vier Ausführungen auf welche ein Rechtsanspruch besteht, durchzuführen. In Niedersachsen gewährte der Landtag zu Anfang davon sogar 12 im Jahr, bis man merkte, der Aufwand sei doch relativ groß. So kürzte man die Zahl auf vier pro Jahr.

Bei alledem war noch gar nicht von dem (biologistisch-deterministischen) Menschenbild, welches hinter der SV steht, die Rede. Der schon vor der Zeit der Nationalsozialisten gültigen Vorstellung vom „geborenen Verbrecher“, der genetisch-biologisch determiniert sei. Subkutan zieht sich diese Vorstellung durch die Jahrzehnte, bis heute. Da ist die Rede von „parasitären Lebensstilen“, von „psychopathischen“ Persönlichkeiten und noch mehr, was eben die einschlägigen psychiatrischen Diagnosemanuale an bunten Begrifflichkeiten so hergeben, und an welchen die Betroffenen nahezu auf Lebenszeit festgehalten werden.

Ja, die Lebensbedingungen heute sind qualitativ etwas besser als vor der Reform 2013, aber nicht ansatzweise mögen sie den Verlust der Freiheit zu kompensieren, noch die seelisch verwüstenden Lebensumstände, welche Menschen geradezu zu destruktiven Handlungen zu treiben scheinen.

Finanziell, personell wie organisatorisch löste das Urteil des BVerfG von vor 10 Jahren viel Aufwand aus. Es gab sogar Betroffene, die Hoffnung schöpften, dabei auch unterstützt von ihren RechtsanwältInnen. Davon ist heute, 10 Jahre später, wenig bis nichts geblieben!

## *Knastshop Massak Logistik GmbH in der Diskussion*

Veröffentlicht am 10. September 2021

Am 01.09.2021 sendete die ARD in ihrem Magazin „Plusminus“ einen längeren Beitrag über die prekäre Lebenslage von Inhaftierten in Deutschland, neben der zu geringen Entlohnung und fehlenden Rentenbeiträge ging es auch um den Gefängnisladenbetreiber Massak Logistik GmbH. Ein Link zu dem ARD-Beitrag findet sich am Ende des Artikels.

### **Massak Logistik GmbH**

Die Firma beliefert seit vielen Jahren den Großteil aller Gefängnisse in der BRD mit allem was die Inhaftierten dort für Geld kaufen dürfen: Lebensmittel und die ganze Palette des non-food Bereichs also über Kleidung, Elektroartikel bis hin zu Büchern und vielem mehr. Seit jeher ist die Preispolitik ein Gegenstand reger Diskussionen unter Gefangenen, da diese die Preise in vielen Fällen als zu hoch erleben, im Vergleich zu dem Einzelhandel vor den Gefängnismauern.

### **Der ARD-Bericht in „Plusminus“ am 01.09.2021**

Der Redaktion lag die Preisliste der Firma Massak Logistik GmbH vor, welche im Mai 2021 in der Justizvollzugsanstalt Werl galt. Eine Stichprobe von 20 Artikeln, so die Redaktion, habe ergeben, dass in 17 Fällen die Firma höhere Preise verlange, nur in drei Fällen seien die Preise gleich oder geringer als in Läden vor den Mauern. Wir reden hier von Preisunterschieden von 10%, 20% und mehr.

Hinsichtlich der Preise von Elektrogeräten kam ein Beschluss des Oberlandesgerichts Hamm zur Sprache der vorgebe, dass die Anstalten Sorge tragen müssten, dass die Preise maximal 20% über denen von Online-Shops liegen. Die Preise, welche die Firma Massak Logistik GmbH für die von der Redaktion vorgestellten Elektrogeräte verlange, lägen aber bis zu 50% höher, überschritten also die Vorgabe des OLG Hamm. Wobei sich diese Vorgabe ja nicht an den Händler, sondern an die Haftanstalten richtet, die nämlich nach der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die ökonomischen Belange der Insass\*innen zwingend berücksichtigen müssen, bei der Auswahl von Gefängnisladen-Betreibenden.

Einer der Geschäftsführer der Firma, Herr Werner Massak, kam in dem ARD-Beitrag zu Wort und verwies darauf, dass durch die logistischen Vorgaben der Haftanstalten die Preise höher sein müssten, zumal ein Großteil des Umsatzes Tabak und Kaffee ausmache, wo die Margen sehr gering ausfielen.

### **Die möglichen Folgen**

Für finanzielle Schäden der Insass\*innen, durch eine möglicherweise fehlerhafte Auswahl von Firmen die diese beliefern, haften letztlich die jeweiligen Bundesländer, da hier eine Amtspflichtverletzung der handelnden Beamt\*innen vorliegen könnte. Ich selbst hatte das Land



Baden-Württemberg vor einigen Jahren verklagt wegen der, auch aus Sicht der Gerichte, zu hohen Tarife für Gefangenentelefonie. Am Ende verglichen sich das Land und ich nach Zahlung eines Geldbetrags, sodass zumindest ein Teil des finanziellen Schadens ausgeglichen wurde. Ähnlich könnte es vorliegend laufen. Gefangene müssten gegen die jeweiligen Haftanstalten vor Gericht ziehen und die Verpflichtung der Haftanstalt, eine günstigere Firma zu beauftragen erreichen. Damit könnte dann zu Zivilgerichten gegangen werden um das jeweilige Bundesland auf Schadenersatz in Anspruch zu nehmen. Freilich ist das mit erheblichen Kostenrisiken für die Insass\*innen verbunden, denn sollte ein Gericht ein Wirtschafts-prüfungsunternehmen beauftragen um die Preisstruktur der Firma Massak Logistik GmbH zu untersuchen, würde dies mehrere Tausend Euro kosten – sollte der/die Gefangene das Verfahren verlieren, müsste er/sie dies bezahlen.

Es bleibt abzuwarten ob sich im Verlauf der nächsten Jahre etwas an der Gesamtsituation ändern wird, denn wie der ARD Beitrag herausgearbeitet hat, werden Inhaftierte mehrfach benachteiligt: sie verdienen nur geringe Beträge für ihre oftmals sehr hohen Arbeitsleistungen, in die Rentenversicherung wird rein gar nichts eingezahlt und für die Waren des täglichen Bedarfs müssen sie von ihren kargen Einkünften zu hohen Preisen bei dem von der Haftanstalt zwingend vorgegebenen Unternehmen, im Regelfall also die Firma Massak Logistik GmbH, einkaufen.

Link zu der Sendung:

<https://www.ardmediathek.de/video/plusminus/haeftlingsarbeit-ausbeutung-durch-vater-staat/das-erste/Y37jpZDovL2RhczVyc3RlLmRlL3BsdXNtaW51cy8yNTUzNWZjOS05MWZlLTQ0M2ItYjliZi00MDM2MjUxMTBiM2E/>

## *25 Jahre in den Gefängniszellen der Bundesrepublik Deutschland!*

Veröffentlicht am 2. November 2021

Im Oktober 1996 schlossen sich die Gefängnistore hinter mir, nachdem ich nach einem Banküberfall der sich zu einer mehrstündigen Geiselnahme entwickelt hatte, festgenommen wurde. Seitdem lebe ich im Mikrokosmos „Strafvollzug“, einem der dunkelsten Orte, die dieses Land bereithält. Hier nun ein kleiner Streifzug durch die Jahre und Gefängnisse.

### **Der Beginn – Oktober 1996**

Direkt nach der Verhaftung wurde ich für zwei Nächte in die JVA Heilbronn eingeliefert, um von dort in die Isohaft der JVA Stammheim verlegt zu werden. Eine Zelle, wie sie vielleicht manche aus den Doku-mentationen über Stammheim kennen, da sie vielfach gefilmt wurde. 24 Stunden am Tage mit sich alleine, die Hofstunde gefesselt auf dem Dach im 8. Stock, rundherum Gitter, aber immerhin mit einer wirklich ansprechenden Fernsicht. Regelmäßige und intensive Zellenkontrollen. Den Besitz von Musik-CDs musste ich mir mit Hilfe meines Anwaltes vor Gericht erstreiten, denn angeblich hätte ich die CDs am Boden anschleifen und damit in den Besitz eines gefährlichen Werkzeugs gelangen können. Erst das Landgericht bot dieser kreativen Bauanleitung Einhalt und ich bekam die CDs ausgehändigt.

Ich hatte das Glück brieflich mit Freund:innen Kontakt zu haben und auch Besuch zu erhalten, wiewohl alles sehr streng überwacht wurde. Mitunter brauchten Briefe Wochen bis sie die Empfänger:innen oder mich erreichten. Alles wurde mitgelesen! Teilweise auch in Kopie zu den Akten genommen oder gar nicht erst ausgehändigt.

### **Das Urteil – Frühjahr 1997**

Nach einem mehrtägigen Prozess wurde ich zu 11 ½ Jahren und anschließender Unterbringung in der Sicherungsverwahrung (SV) verurteilt. An der Täterschaft gab es ja keine Zweifel, denn am Ende der Geiselnahme wurde ich noch in den Räumen der Bank festgenommen. Da ich es vor Gericht ablehnte Reue zu bekunden oder mich in irgendeiner Weise kooperativ zu verhalten, ging das Gericht mit dem Strafmaß (Höchststrafe für eine solche Geiselnahme wären 15 Jahre gewesen) über die 10 Jahre hinaus. Es wollte zudem nicht ausschließen, dass ich wieder solch eine Straftat begehen würde, zumal ich im Prozess offensiv meine Haltung gegenüber Staat und insbesondere die Justiz vertreten hatte, was mir später weitere Verurteilungen wegen Bedrohung und Beleidigung (§§ 241, 185 StGB) einbringen sollte. Und so wurde die SV angeordnet.

### **Exkurs: Sicherungsverwahrung – was ist das?**

Es waren die Nationalsozialisten die mit Gesetz vom 24.11.1933 in die SV in das damalige Reichsstrafgesetzbuch einführten. Seitdem kann der Staat Menschen, die er für „gefährlich“ hält, über das Ende der Freiheitsstrafe hinaus in Haft halten. Nur der Tod bildet eine natürliche Obergrenze für die Dauer der Verwahrung. Wurden zu Anfang vielfach Betrüger, Einbrecher, Diebe in die SV gesperrt, finden sich heute, nach diversen Gesetzesänderungen de facto nur noch Gewalt- und Sexualtäter in den SV-Anstalten. Nach zu Anfang tausenden Verwahrten, sank die Zahl in den 80'ern auf unter 200, so dass die Abschaffung der SV diskutiert wurde. Mittlerweile steigen die Zahlen wieder an und wir sprechen von rund 600 Männern in der SV. Frauen betrifft die SV fast nie, aktuell sitzen keine fünf Frauen in der Maßregel der Sicherungsverwahrung. Eine davon ist Carmen in Schwäbisch-Gmünd, sie sitzt wegen Brandstiftung, denn bei Brandstiftung zählt aus staatlicher Sicht die abstrakte Gefährdung, d.h. es braucht weder jemand gestorben oder körperlich verletzt worden sein, es reicht, dass die Tat geeignet ist, jemanden seelisch oder körperlich schwer zu schädigen.

### **Die Strafhaft – erst in Bayern bis Herbst 1998**

Zuerst schob mich die baden-württembergische Justizverwaltung nach Bayern ab, da ich dort zuletzt gewohnt hätte. Die meiste Zeit saß ich auch dort in Einzelhaft, wie die Isolationshaft im Justizdeutsch genannt wird. Vor Verlassen der Zelle nackt ausziehen und umkleiden, vor Betreten der Isozelle dasselbe Procedere – alles im Namen von „Sicherheit und Ordnung“, aber die Wirkung auf die Psyche vieler Betroffener ist verheerend.

### **Exkurs: tödliche Folgen von Isohaft**

Immer wieder las ich von Gefangenen, die an der Isolation seelisch und in der Folge dann auch körperlich zu zerbrechen drohten, oder tatsächlich zerbrachen. Vor wenigen Jahren machte ein Fall in der baden-württembergischen JVA Bruchsal von sich reden: ein ehemaliger Kindersoldat, ersichtlich traumatisiert von dem was er erlebt hat, hatte zuerst einen Beamten in der JVA



Offenburg massiv körperlich attackiert, landete deshalb in Isohaft in Bruchsal, wo er dann verhungerte. Wie der SPIEGEL schrieb, fiel der Hungertod dem Personal erst auf, als morgens bei der routinemäßigen Lebendkontrolle Rasmane Koala auf Zurufe des Personals nicht reagiert habe. Dann, so der SPIEGEL, hätte ein Kommando die Zelle mit Schild und Knüppel gestürmt, Rasmane fixiert und gefesselt, denn man sei davon ausgegangen der Insasse habe sich, wie schon zuvor praktiziert, absichtlich nicht geregt und auf die Zurufe reagiert, um so das Personal zu ärgern. Erst als Rasmane gefesselt auf dem Boden lag, habe man festgestellt, dass er nicht atme. Der hinzugerufene Notarzt habe später nur noch den Tod feststellen können. Die umfangreichen Ermittlungen brachten zu Tage, dass Rasmane seit längerer Zeit nichts mehr gegessen hatte. Aufgefallen sei dies aber weder dem Personal, nicht dem Anstaltsleiter, nicht der Anstaltsärztin.

### **Die Strafhaft – in Bruchsal bis Juli 2013**

Nachdem ich im Herbst 1998 erfolgreich gegen die Verlegung nach Bayern vor Gericht geklagt hatte, traf ich in Bruchsal ein, wo ich bis 2007 in Isolationshaft sitzen sollte. Im Laufe der Jahre bekam ich aber zumindest akustisch immer Einiges mit vom Haftalltag. Da dort die Isozellen im Haus verteilt sind, konnte immer wieder jemand die Zellentüre kommen, klopfen und dann rief man sich durch den Türspalt etwas zu. Irgendwann konnte ich auch gerichtlich erstreiten, dass mich ein Mitgefangener an der kleinen Luke in der Türmitte sprechen durfte. Wobei die Anstaltsleitung durchsetzte, dass dabei immer ein Bediensteter dabeistehen durfte, um das Gespräch zu überwachen. Ja, diese Luke. Um Post oder Knastessen zu übergeben und nicht jedes Mal die Zellentüre öffnen zu müssen, gibt es in den Zellentüren jeweils eine „Kostklappe“, wie sie auch genannt wird. Fest verschlossen, nur vom Beamten zu öffnen.

Über all die Jahre in Bruchsal erfuhr ich immer wieder von Suiziden. Erst vor wenigen Monaten hat Die LINKE im Bundestag (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/314/1931444.pdf>) von der Bundesregierung Zahlen zu den Todesfällen in Haft seit 2018 erfragt. Brachten sich letztes Jahr (mindestens) 77 Menschen hinter Gittern um, waren es 2019 wesentlich weniger, nämlich (mindestens) 43. Vergleicht man die Suizidrate (also wie viele Menschen bringen sich pro 100.000 um) fällt auf, dass in Freiheit für die Allgemeinbevölkerung zum Beispiel für das Jahr 2019 eine Suizidrate von rund 11 auf 100.000, und für dasselbe Jahr eine Suizidrate von 129,4 auf 100.000 für Gefangene ausgewiesen wird. Betrachtet man die ärztliche und psychologische Versorgung, so stellt man fest, dass je 100 Gefangene 1,33 Psycholog:innen bzw. Sozialarbeiter:innen vor Ort sind, und (nur) 0,57 Ärzt:innen. Angesichts der hohen gesundheitlichen und psychischen Belastung gerade der Inhaftierten sind das besorgniserregende Zahlen.

Soweit ich von Suiziden oder auch sonstigen Todesfällen erfuhr, war ich bemüht darüber zu berichten; wobei, wie fast alle meine Post (das Gesetz gewährt nur wenige Ausnahmen, z.B. für die Verteidiger:innen, Abgeordnete, etc.) inhaltlich überwacht wurde was ich schrieb und veröffentlichte. An jene Menschen die in den Zellen gestorben waren noch einmal auf diesem Weg zu erinnern, das hielt ich von Anfang für wichtig. Damit sie nicht nur als Zahl in einer anonymen Statistik auftauchen.

Ich hatte in Bruchsal stets das Glück von Mitgefangenen unterstützt zu werden, die es nicht so recht verstanden, dass ein Silvester nach dem anderen verstrich und ich immer noch in

Isolationshaft saß. Da mir die Anstalt kein Taschengeld zahlte gab es immer wieder einen Insassen der mir Duschgel oder auch Esswaren beim Gefängnis Kaufmann kaufte. Das musste dann bei den Stationsbeamten abgegeben werden, alles wurde „durchleuchtet“ (mit so einem Röntgenapparat wie sie wohl alle vom Flughafen kennen) und mir dann vom Personal vorbeigebracht.

Irgendwann fanden wir heraus, dass durch einen Türspalt Papier geschoben werden konnte und so fing ich an Klageschriften für Mitgefangene handschriftlich zu verfassen. Man leitete mir auf diesem Wege Unterlagen zu und so konnte ich helfen, dass andere Insassen sich vor Gericht wehren konnten. Eines Tages ertappt ein Beamter einen Insassen wie er mir Papier durch den Spalt in die Zelle schob. Als ich am Folgetag in den Knasthof ging, rückten Beamte an und es wurde innen ein Stück Stahl an die Türe geschweißt, das das Durchschieben von Papier verhindern sollte. Eine mäßig erfolgreiche Aktion, passten zuvor mit viel Mühe 7-8 Blatt durch den Spalt, waren es jetzt immerhin noch 2 oder 3 Blatt. Aber aus Sicht des Vollzugs war ausreichend Aktionismus gezeigt worden.

Im Mai 2007 endete die Isohaft. Ich sollte mit der Abteilungsjuristin sprechen und der Anstalt schriftlich bestätigen, ich würde keine Geiselnahme begehen. Eine Vorgehensweise die ich für ziemlich unsinnig hielt und über Jahre ablehnte, weshalb ich als „uneinschätzbar“ beurteilt wurde. Als ich dann tatsächlich ein kurzes Gespräch mit Oberregierungsrätin G. geführt und auf einen Zettel notiert hatte, ich würde keine Geiselnahme begehen wollen, wurde die Isohaft aufgehoben. Zu Anfang kam es dann zu lustigen Begegnungen, ich kannte ja einige Insassen seit Jahren, aber eben nur deren Stimmen, da ich sie nie gesehen hatte.

Nun konnte ich endlich Gefangenen bei Schriftverkehr helfen, ohne mühsam Unterlagen durch einen Türspalt quetschen zu müssen. Taschengeld bekam ich nun übrigens auch, obwohl ich keinen einzigen Tag arbeiten sollte, das Thema war einfach von der Agenda verschwunden, obwohl für die Strafhaft eigentlich eine Arbeitspflicht gilt.

### **Sicherungsverwahrung – in Freiburg seit Juli 2013**

In Baden-Württemberg müssen Strafgefangene, gegen die die SV angeordnet ist, in Nordbaden ihre Freiheitsstrafe absitzen und die SV dann im südbadischen Freiburg. Die ersten Jahre verbrachte ich mit dutzenden Gerichtsverfahren gegen die Anstaltsleitung, in immerhin über 100 Verfahren konnte ich mich, zumindest teilweise, gegen die Anstalt vor Gericht behaupten. Ein Verfahren betraf die hohen Kosten für die Telefonie. In der SV besteht ein Rechtsanspruch auf das Führen von Telefonaten, die Anstalt hatte den Anbieter Telio Communication GmbH verpflichtet. Die Firma hatte eine umfängliche Sicherheitsinfrastruktur bereitzustellen, die u.a. das Mithören und Aufzeichnen der Telefonate ermöglicht. Da aus Sicht vieler Gefangener die Kosten, die wir für das Telefonieren zu zahlen hatten, zu hoch waren (10 Cent pro Minute für Ferngespräche ins Festnetz, 35 Cent pro Minute bei Anrufen aufs Handy), klagte ich erst gegen die Justizvollzugsanstalt auf Verpflichtung eines anderen Anbieters. Das Verfahren ging zu Gunsten von uns Gefangenen aus, auch wenn es dann noch Jahre dauern sollte, bis ein neuer Anbieter, die Firma Geerdes Communication AG, verpflichtet wurde. In einem Zivilverfahren verklagte ich das Land Baden-Württemberg auf Schadenersatz und dieses Verfahren endete mit einem Vergleich, so dass zumindest ein Teil meines Schadens, der durch die hohen Telefoniekosten entstanden war,



ersetzt wurde. Allerdings ist diese Rechtsmaterie recht komplex und der Staat macht es den Menschen, erst recht nicht den Inhaftierten, nicht leicht an Schadenersatz zu gelangen, so dass ich letztlich der Einzige war, der Geld zurückerhielt.

Über den Haftalltag in der SV, der vielfach geprägt ist von Hoffnungslosigkeit, dem Sterben von Mitinsassen, verzweifelte Menschen die sehen, erleben, dass sie eher hier sterben, als in den kommenden Jahren entlassen zu werden, berichte ich auf meinem Blog, weshalb ich hier nichts weiter dazu berichte. Nur einen Hinweis: wir haben in der SV keinen Zugang zum Internet, gäbe es nicht sehr hilfsbereite Menschen vor den Mauern, die meine Texte abtippen, es gäbe den heutigen Bericht nicht, es gäbe keinen einzigen meiner Texte!

### **Der Ausblick**

Im Jahr 2023 wird das Landgericht Freiburg eine besondere Prüfung der Fortdauer der Sicherungsverwahrung durchführen. Nach 10 Jahren Vollzug der SV darf die weitere Unterbringung, so will es das Bundesverfassungsgericht, nur erfolgen, wenn eine Persönlichkeitsstörung vorliegt in Folge derer die hohe Gefahr für die Begehung weiterer schwerer Straftaten besteht, welche Opfer seelisch oder körperlich schwer schädigen können. Mittlerweile sitzen in der Freiburger SV über 20% der Insassen über 10 Jahre, denn das Landgericht erweist sich als überaus einfallsreich in der Beweisführung, dass die genannten Voraussetzungen vorliegen, so dass ich damit rechnen muss auch über 2023 hinaus festgehalten zu werden. Aber wer weiß, vielleicht gibt es auch eine positive Überraschung, nur sollte auf Wunder nicht die Hoffnung ausgerichtet sein. Ich erinnere mich an die Folgen einer Zellenrazzia von 2019 (auf meinem Blog hatte ich über diese berichtet). Es wurden dort Aufkleber sichergestellt, und auf Weisung des Anstaltsleiters mir dann auch wieder ausgehändigt, aber zuvor wurden sie fotokopiert und zu den Akten genommen. Laut der Stationspsychologin W. würden die Aufkleber und der Umstand, dass ich diese aufgehoben hatte nämlich die Position der Anstalt stützen, ich sei potentiell gewaltgeneigt und feindselig. Es ging um Sticker wie „Die ganze Welt hasst die Polizei“. Das sei eine indiskutable Position, so Frau W.

Da ich mich im Haftalltag einen höflichen Umgang pflege, da also nichts für eine Gefahrenprognose herauszuholen sein wird, müssen solche „Funde“ dann herhalten. Wie gesagt, die Anstalt ist nicht minder kreativ als das Gericht.

Ich weiß mich allerdings eingebettet in ein freundschaftliches und solidarisches Umfeld; ich habe das Glück, dass es Menschen gibt die mir schreiben, mit mir telefonieren, mich besuchen. Dass es Gruppierungen wie die Rote Hilfe e.V. oder abc [Anarchist Black Cross; Anm. Layout] und andere gibt, die an der Seite von Gefangenen stehen.

All das macht das Leben dann, auch hinter den Gefängnismauern und auch nach so langer Zeit aushaltbar – auch wenn es ein wesentlich erfüllteres Leben wäre, säße ich nicht in Haft!

## *Datenschutzbeauftragte rüffelt JVA Freiburg*

Veröffentlicht am 31. Dezember 2021

In Haftanstalten wird der jeweilige Vollzugsverlauf der inhaftierten Personen in sogenannten Vollzugsplänen vorbereitet. Hier in der Freiburger Sicherungsverwahrung steht in den meinigen stets der Vermerk „Risikoprobant KURS: Ja“. Hierüber stand nun ein Streit.

### **„KURS“ in Baden-Württemberg**

Mittlerweile gibt es in allen Bundesländern solche oder ähnliche Verwaltungsvorschriften. Das Akronym steht für „Konzept zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern“ und regelt deren Übergang von der Haft in die Freiheit und die anschließende besondere Überwachung dieser Täter:innen-Gruppe.

### **Diskussion innerhalb der JVA Freiburg**

Die Nicht-Sexualstraftäter unter den Sicherheitsverwahrten waren schon immer frustriert durch Verwaltungsakt der Haftanstalt der Gruppe der Sexualtäter zugeordnet zu werden, welche rund 80% der Insassen ausmacht. Ein Insasse empörte sich nachdrücklich gegenüber seiner Sozialarbeiterin als er von mir erfuhr wofür das Akronym steht, insbesondere das „S“ für Sexualstraftäter.

### **Beschwerde bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfDI)**

Nachdem sich die JVA Freiburg geweigert hatte in meinem Fall diesen Vermerk nicht nur zu löschen, sondern zudem alle Empfänger:innen auch darüber zu informieren, dass der Vermerk schlicht falsch ist, hatte ich mich an die LfDI in Stuttgart gewandt. Wenn eine Behörde falsche Daten speichert, muss sie diese berichtigen, bzw. löschen und auch alle Empfänger:innen, denen die falschen Daten übermittelt wurden, darüber informieren. Tut dies eine Behörde nicht, steht entweder der Weg zu den Gerichten oder zur LfDI offen.

### **Bescheid der LfDI vom 15.12.2021**

Pandemiebedingt verzögerte sich die Bearbeitung der Eingabe von April 2021, so dass erst Mitte Dezember die LfDI zu einer Entscheidung kam und feststellte, dass es sich, wie von mir vorgetragen, um eine falsche Datenspeicherung handele. Die Anstalt hatte noch abwehrend ihr gegenüber argumentiert, der Vermerk beziehe sich doch lediglich auf den möglichen Einsatz der „Elektronischen Fußfessel“ (=EAÜ). Aber wer, so der Bescheid zusammengefasst, kein Sexualstraftäter sei, dürfe von einer Behörde auch nicht quasi zu einem solchen durch Bezugnahme auf eine für Sexualstraftäter erlassene Verwaltungsvorschrift erklärt werden! Das von der LfDI hieraufhin eingeschaltete Justiz-ministerium zeigte mehr Einsicht als die Bediensteten der JVA und ordnete eine Überarbeitung des Formulars an.

### **Bewertung**

Nicht genug, dass ich hier seit über 8 Jahren gezwungen bin überwiegend mit Männern zusammen-zuleben, die kleine Kinder vergewaltigt haben, mitunter hundertfach, oder Frauen sexuell missbraucht, mitunter danach dann auch ermordet haben, ich werde von der Anstalt darüber hinaus verwaltungstechnisch gewissermaßen mit diesen in einen Topf geworfen, defacto



als Sexualstraftäter diffamiert, indem man mich, aber auch die wenigen anderen betroffenen Insassen, als einen Risikoprobanden im Sinne der Verwaltungsvorschrift KURS einstufte was die EAU betrifft. Selbst als die LfDI der Anstalt erläuterte, dass sie hier falsch liege, zeigte man keinerlei Einsicht, sondern beharrte auf diese Einschätzung. Ein symptomatisches Verhalten das hier an den Tag gelegt wird; selbst wenn Gerichte der Anstalt rechtswidriges Vorgehen attestieren, erfolgt keine Entschuldigung, wie es eigentlich sozial üblich wäre. Stattdessen wird trotzig auf der eigenen Position beharrt.

Das ist der Vollzugsalltag 2021 in der Sicherheitsverwahrung!

## *Prognosen über zukünftiges Verhalten – eine Gefangenenperspektive!*

Veröffentlicht am 12. Juni 2022

Prognosen durchziehen viele Bereiche des Lebens, damit auch des Straf- und Polizeirechts. Im Strafvollzug, wie auch im sogenannten Maßregelvollzug sind kriminalprognostische Sachverständigen-gutachten an der Tagesordnung, wenn sich die Frage stellt, ob vollzugsöffnende Maßnahmen (z.B. Hafturlaub) oder eine Entlassung auf Bewährung gewährt werden soll. Im Zusammenhang mit dem Verbot von Demonstrationen, sogenannten Gefährder\*innen-Ansprachen oder dem Unterbindungs-gewahrsam wird ebenfalls auf Prognosen zurückgegriffen.

In dem folgenden Beitrag soll es um die prinzipielle Fraglichkeit der Prognoseerstellung gehen und was diese über das Wahrheitsverständnis derjenigen zu sagen vermag, welche solche Prognosen nutzen.

### **Zu den Begrifflichkeiten**

Die Begriffe der Anamnese, Diagnose und Therapie, und auch der Begriff der Prognose verweisen auf einen Ursprung in religiösem Kontext, was im 21. Jahrhundert ein wenig eigenartig anmutet. Ich deute sie nur kurz an: Die „Anamnese“ finden wir unter anderem bei Platon. Dort meinte sie die „Wiedererinnerung“ der Seele an Ideen, die sie in einem früheren Dasein vor ihrer mit dem Körper gekannt hatte.

Die „Diagnose“ verweist mit ihrem Wortbestandteil „gnose“ (griech.) auf die Gnosis, die Erkenntnis, insbesondere jene Gottes, des Göttlichen, der geistigen Welt. „Therapie“ ihrerseits nimmt Bezug auf die „therapeutai“ (griech.), die Diener, nämlich Diener Gottes. In der Prognose begegnet uns erneut die Gnosis, eine Vorauserkenntnis, zum Beispiel des Göttlichen.

Auch wenn im Verlaufe der Jahrhunderte die Begrifflichkeiten und ihr Inhalt einem Wandel unterworfen waren, so gehört doch ihre Herkunft zum Begriffsumfeld und es mag sich dann auch erhellen, wie nah dem Irrationalen heutzutage immer noch der ganze Bereich der Prognoseerstellung zu verorten ist.

### **Prognoseerstellung**

In der Praxis verläuft die Prognoseerstellung, je nach Kontext, unterschiedlich umfangreich. Im Straf- und Maßregelvollzug sind es in der Regel Psychiater\*innen und Psycholog\*innen welche die vorliegenden Akten auswerten, sowie mit den Betroffenen mehr oder weniger ausführlich sprechen.

Die Spanne reicht von ein oder zwei Stunden bis zu mehreren Tagen, an welchen jeweils 4-6 Stunden miteinander gesprochen wird. Zudem wird sich statistischen Prognoseinstrumenten bedient, welche vielfach auf Erhebungen im angloamerikanischen Raum, insbesondere den USA beruhen. Bei Vorliegen dieser oder jener Kriterien (z.B. instabiles Elternhaus, frühere eigene Gewalterfahrungen, früheres eigenes gewalttätiges Verhalten, uvm.) senkt oder erhöht sich das statistische Risiko erneuten abweichenden Verhaltens.

Im Bereich des Polizeirechts wird z.B. bei Verboten von Demonstrationen aus vergangenen Verläufen von Demonstrationen auf künftige Verläufe geschlossen, d.h. die Prognosen sind nicht ganz so ausdifferenziert wie im Bereich des Justizvollzuges.

## **Die Kritik**

Prognosen unterliegen immer auch der Wahrheitsprüfung, d.h. sind sie geeignet, zuverlässig künftiges Verhalten vorherzusagen? Es gibt so etwas wie eine intuitive Evidenz. Das meint gewissermaßen ein Bauchgefühl, wie wir alle es kennen. Im privaten Umfeld mag dies vielfach genügen, wenn es indessen um grundrechts- und freiheitsbeschränkende Maßnahmen des Staates geht, sind strengere Wahrheitskriterien erforderlich.

Meine These lautet, dass sich der Staat in der Regel des Kriteriums der Nützlichkeit bedient. Dieser dem sogenannten Pragmatismus entlehnte Punkt stellt das Handeln über das Denken. Eine Entscheidung über die Wahrheit einer Theorie oder eben einer Prognoseerstellung wird aus ihrer praktischen Auswirkung und Nützlichkeit für das Leben gewonnen. Man könnte auch noch überlegen, ob besagtes Kriterium eingebettet ist in eine Konsens Theorie. Das was Konsens zwischen Sachverständigen und Justizbehörden ist, gilt als „wahr“.

Diese Herangehensweise immunisiert die Beteiligten vor Kritik. Für den Bereich der Sicherungsverwahrung existieren nämlich einschlägige Forschungsergebnisse, welche belegen, dass die Quote derer die fälschlich als „gefährlich“ eingeschätzt werden, bei über 50% liegt (z.B. Bartsch, „Nachträgliche Sicherungsverwahrung – ein kriminalpolitisches und rechtspolitisches Debakel“ sowie Anna Mandera, „Führungsaufsicht bei ehemaligen Sicherungsverwahrten“, abrufbar unter <https://www.krimz.de/>). Mandera wies nach, dass die Gefährlichkeit von als hoch rückfallgefährdeten und dennoch auf freien Fuß gesetzten Sicherungsverwahrten vielfach überschätzt worden sei.

Entsprechend kommt der renommierte Münchner Professor Nedopil sogar zu der Zahl von „etwa 60 bis 70%“ fälschlich als „gefährlich“ diagnostizierten Inhaftierten (vgl. Markus Drechsler (Hrsg.), „Massnahmevollzug – Menschenrechte, Weggesperrt und Zwangsbehandelt“, S. 188).

Über die Motive welche dazu führen, dass trotz dieses sehr sandigen Fundaments, auf welches jahrzehntelanger Freiheitsentzug ebenso gestützt wird, wie das Verbot von Demonstrationen oder die Anordnungen von Unterbindungsgewahrsam könnte trefflich spekuliert werden. Die Oberpsycho-logierätin W. (JVA Freiburg) meinte einmal, man habe eben keine besseren Instrumentarien zur Verfügung als die hier kritisierten.

Mit „Wahrheit“ im herkömmlichen Sinne hat jedoch die Praxis wenig zu tun. Wenn wir nämlich unter Wahrheit die Grundannahme verstehen wollen, dass eine Vorstellung genau dann wahr ist, wenn sie mit der Wirklichkeit übereinstimmt, also eine Korrespondenz zwischen Vorstellung und

Welt besteht, muss für den Bereich der Prognosen im Justiz- und wohl auch dem polizeirechtlichen Kontext festgestellt werden, dass es an einer solchen „Korrespondenz“ mangelt. Aber genau dieser Wahrheits-theorie folgen weder die Sachverständigen, noch die Gerichte, prüfen also die jeweiligen Prognosen nur darauf ob sie schlüssig hergeleitet und in sich logisch, bzw. widerspruchsfrei sind. Betroffenen und ihre Anwält\*innen mögen noch so nachdrücklich gegen Gutachten oder gerichtliche Entscheidungen vorgehen, sie dringen damit nicht durch (oder zumindest nur in den aller seltensten Fällen).

Die Feststellung, das Kriterium der Nützlichkeit sei ausschlaggebend, ist nicht trivial, denn es belegt eine weltanschauliche Perspektive und ein Menschenbild, welches die Stellung des einzelnen Menschen unterminiert. Wer „Nützlichkeit“ hört, mag vielleicht an den Utilitarismus denken. Dort gilt es, den Nutzen für die größtmögliche Zahl an Menschen zu mehren, unter Inkaufnahme von Leid des Einzelnen. Es werden mit hoher Sicherheit einige (wenige) Sicherungsverwahrte, ließe man sie alle frei, wieder schwere Straftaten begehen, es würde schwer geschädigte und traumatisierte Opfer geben. Indem man aber weit mehr Verwahrten die Freiheit entzieht, vermeidet man diese Opfer, unter Inkaufnahme des Umstandes, dass zahlreichen Betroffenen die Freiheit entzogen wird (unter Umständen bis zum Tod), obwohl sie, in Freiheit gesetzt, gerade nicht mehr straffällig geworden wären.

## *Telefonie im Gefängnis im 21. Jahrhundert*

Veröffentlicht am 13. Juli 2022

Gefangene in fast allen Bundesländern (Ausnahme Bayern) können ziemlich komplikationslos telefonieren. Durch einen Anbieterwechsel in Freiburgs Haftanstalt ist nun ein neuer „alter“ Anbieter tätig. Über die Irrungen und Wirrungen berichte ich heute kurz.

### **Der Anbieterwechsel 2022**

Als ich 2013 in die JVA Freiburg verlegt wurde, betrieb dort die Firma Telio Communications GmbH aus Hamburg die an den Flurwänden montierten Apparate. Nach verschiedenen Klagen, auch gegen die hohen Tarife, die die Firma seinerzeit verlangte, konnte durchgesetzt werden, dass zumindest im Bereich der Sicherungsverwahrung Telefonapparate in den Zellen montiert wurden. Zwischenzeitlich erfolgte ein Betreiberwechsel zur Firma Gerdes Communication GmbH, die dann auch die Möglichkeit installierte, sich in den Zellen anrufen lassen zu können (freilich war auch dafür eine gerichtliche Klage gegen die Anstalt erforderlich).

Nachdem der Vertrag mit Gerdes auslief, gewann die Hamburger Firma Telio Communications GmbH die Ausschreibung und betreibt seit dem 01.07.2022 die Telefonie in der südbadischen Haftanstalt.

### **„Sich-anrufen-lassen“ im 21. Jahrhundert**

Anlaufschwierigkeiten sind völlig normal, aber was sich die Telio Communications GmbH ausgedacht ist, ist bemerkenswert; nicht, dass jede Zelle eine eigene Nebenstellenummer bekommen hätte (so wie beim vorherigen Betreiber). Nein! Freund\*innen und Anwält\*innen



müssen eine 12-stellige Hamburger Nummer des Anbieters wählen und landen damit in einem computergeschützten Call-Center.

Danach müssen sie zuerst die gewünschte Sprache wählen, in der der Dialog mit dem Computer geführt werden soll. Anschließend ist die Telio-Telefonkontonummer des Insassen einzugeben und muss mit der Raute-Taste bestätigt werden. Hernach, muss, warum auch immer, noch die 2 gewählt werden.

Jetzt sollt es irgendwann beim Insassen in der Zelle klingeln. Der Insasse hebt ab und muss erst seine eigene PIN korrekt eingeben und die Eingabe mit der Raute-Taste abschließen.

Endlich! Wenn alles klappt, kann nun fröhlich miteinander gesprochen werden.

## *In eigener Sache: Gutachten nach 26 Jahren Haft!*

Veröffentlicht am 27. September 2022

Im Oktober 2022 jährt sich meine Festnahme zum 26.-mal. Zwecks Vorbereitung für die im späten Frühjahr 2023 anstehende gerichtliche Prüfung über die Fortdauer der Inhaftierung hat das Gericht ein Gutachten in Auftrag gegeben.

### **Der Gutachtenauftrag**

Das LG (Landgericht) Freiburg beauftragte eine renommierte und erfahrene Psychiaterin und Psychoanalytikerin aus München mit der Prüfung der Frage, ob und wenn ja, welche Straftaten ich innerhalb welches Zeitraums mit welcher Wahrscheinlichkeit begehen könnte.

Zudem müsste sie sich zu der Frage äußern, ob eine psychische Störung vorliege und in Folge dieser Störung mit schweren Gewalttaten gerechnet werden muss.

### **Der Hintergrund**

Nach einem Banküberfall mit Geiselnahme wurde ich zu einer langjährigen Haftstrafe mit anschließender Unterbringung in der SV (Sicherheitsverwahrung) verurteilt. Es waren, dies nur am Rande, die Nationalsozialisten die mit Gesetz vom 24.11.1933 die SV in das Strafrecht einführten und seitdem können Menschen auch nach Verbüßen der Freiheitsstrafe weiterhin in Haft gehalten werden. Aktuell betrifft dies rund 600 Männer und 2 Frauen (eine davon Carmen in Schwäbisch-Gmünd). Wegen diverser, aus der damaligen Isohaft verschickten Briefe an RichterInnen und PolitikerInnen verlängerte sich die Freiheitsstrafe wegen Beleidigung und Bedrohung um mehr als 5 Jahre. Seit Juli 2013 verbüße ich nun in der südbadischen JVA Freiburg die SV.

### **Das Gutachtenergebnis**

Vorab teilte die Sachverständige dem Gericht schriftlich mit, dass nach der an zwei Tagen stattfindenden Exploration sie zu dem Ergebnis komme, dass aus psychiatrischer Sicht eine Entlassung zum 10-Jahreszeitpunkt vertretbar erscheine. Eine umfängliche Begründung reiche sie nach.

## **Sich abzeichnende Konfliktlinien**

Einerseits wird die Sachverständige mutmaßlich mit liebgewonnenen Vorannahmen der Haftanstalt und bisheriger Gutachter nicht ganz übereinstimmen. Andererseits scheint sie auch dem Behandlungskonzept der JVA womöglich skeptisch zu begegnen. So informierte die behandelnde Stationspsychologin, Frau Dipl.-Psychologin W. über ein Telefonat zwischen der Gutachterin und ihr. Darin habe die Sachverständige hartnäckig danach gefragt, ob sie – Frau W. – eine Approbation, also die entsprechende Zulassung als psychologische Psychotherapeutin, besitze. Irgendwann habe sie – Frau W. – dann die Psychiaterin zurück gefragt, wer denn hier nun begutachtet werde, der Insasse oder sie, die Stationspsychologin. Ja, sie – Frau W. – habe keine Approbation, das sei im Justizvollzug nicht erforderlich, zudem habe sie genügend Fortbildungen gemacht und fühle sich gut gerüstet für ihre Arbeit, vielleicht sogar besser, als jene die einen gradlinigen Weg von Abitur, Studium, Approbation gingen.

## **Wie geht es weiter?**

Laut der Gutachterin soll ich zu Anfang, soweit eine Freilassung erfolgt, in ein „betreutes Wohnen“. Der Idee bei dem Freien Radio (Radio Dreyeckland) ein Jahr als Bundesfreiwilligendienst-Leistender zu arbeiten, ein entsprechendes Angebot liegt vor, konnte sie etwas abgewinnen. Bislang ist erst für Mai 2023 eine mündliche gerichtliche Anhörung geplant. Ob diese vorgezogen wird ist offen, ebenso wie sich Gericht und Staatsanwaltschaft zu dem Gutachten positionieren werden, denn es gab schon Fälle in welchen das Gericht den für Insassen günstigen Gutachten nicht folgen wollte.

## *Neues Deutschland (ND) berichtet umfassend zur Sicherungsverwahrung*

Veröffentlicht am 14. November 2022

Weshalb Solidarität mit „Letzte Generation“/“Extinction Rebellion“ wichtig ist – aus Sicht eines  
Langzeitgefangenen!

Vor wenigen Tagen hat das ND in 2 größeren Beiträgen kritisch zu aktuellen Lage der SV berichtet. Zum einen schrieb die Dortmunder Professorin Christine Graebisch aus rechtlicher und psychologischer Sicht über das Thema. [Der Text ist im nächsten Kapitel zu finden; Anm. Layout]  
(<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1168354.sicherungsverwahrung-tiefer-eingriff-in-die-seele.html>)

Zum anderen war das ND so freundlich, mir Platz nach rund 9 Jahren eigenen Lebens in der SV für einen Erfahrungsbericht einzuräumen. [Folgend der veröffentlichte Artikel; Anm. Layout]  
(<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1168355.sicherungsverwahrung-im-totenhaus.html>)

## ***Im Totenhaus***

Die Liebe zum Leben kann in Sicherungsverwahrung nicht entstehen. Diese Schlussfolgerung zieht unser Autor in seinem Erlebnisbericht über ein Jahrzehnt in der JVA Freiburg

11. November 2022 - Thomas Meyer Falk

Shorty ist Mitte 40, er sitzt seit vielen Jahren in Sicherungsverwahrung. Wer ihn kennenlernt, denkt sich erst mal, der ist doch kaum älter als 20. Er bringt jedoch eine typische Vollzugsbiografie mit: Als Kind Heimaufenthalte, inklusive erlebter Misshandlungen, früher Eintritt in den Jugendstrafvollzug, danach, nachdem er unter Drogeneinfluss Einbrüche begangen und ältere Frauen vergewaltigt hatte, langjähriger Strafvollzug. Nach Absitzen der regulären Strafe kam die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung. Handwerklich sehr begabt, aber durch langjährigen Drogenkonsum, ADHS, dem sogenannten Zappelphilip-Syndrom und einer nie wirklich gelungenen Sozialisierung, im Haftalltag ziemlich auffällig. Er bringt mit seinen Ideen viele zum Lachen – und das Personal zum Verzweifeln. Da sind die Namensschilder an den Büros, die er auswechselt, so wird aus dem »Stationsleiter«, der »Stationseiter«, der Müllraum ist plötzlich mit dem Schild des vorgesetzten Bereichsleiters versehen. Mal hat er eine Fledermaus, ein anderes Mal einen Raben in seiner Zelle. Letzterer flog dann quer über den engen Stationsflur und verkackte alles – endlich mal pulsierendes Leben im von manchen Insassen nur noch sarkastisch »Totenhaus« genannten Bereich der Sicherungsverwahrung. Denn sie sterben hier. Liegen die Nacht über tot in ihren Zellen, wo sie erst morgens aufgefunden werden. Sie fallen tot im Gefängnishof um. Sie schlafen friedlich im Freizeitraum ein, wo sie Stunden später von Mitinsassen gefunden werden.

Mir begegnen zudem Menschen mit Schlaganfällen. Ebenso jene, die nur noch mittels Rollator unterwegs sein können, und wir hatten auch schon Männer in Rollstühlen auf den Stationen. In Erinnerung ist mir auch M., er war einige Jahre mein direkter Zellennachbar. Nach einer Operation in der Leistengegend musste er zur Wundheilung ins Gefängnis Krankenhaus Hohenasperg, dort geriet die Wundheilung außer Kontrolle und ihm wurde das ganze Bein amputiert. Als er nach Monaten soweit wiederhergestellt war, dass man ihn vom Gefängnishospital zurück in die Strafanstalt verlegen konnte, kam er wieder in die Justizvollzugsanstalt Freiburg. Hier hatte man extra Personal für ihn eingestellt, welches ihn nachts, wenn eigentlich alle Insassen in ihren Zellen weggeschlossen sind und deshalb viel weniger Personal in den Anstalten präsent ist, im Bett drehen sollte, damit er sich nicht wundliege. Er überlebte den Transport jedoch um nur wenige Stunden: Kaum in der Justizvollzugsanstalt angekommen, starb er am Folgetag. Wir sehen: Auch der bettlägerige Einbeinige scheint noch eine hohe Gefahr für die Gesellschaft darzustellen.

Zu einem ernüchternden Ergebnis kam erst im Mai das Landgericht Freiburg. Es musste über die Schuld zweier Mittdreißiger befinden, beide in Sicherungsverwahrung, angeklagt, andere Insassen verprügelt und in einem Fall sogar geplant zu haben, einen von ihnen zu ermorden. Als »Rattengift-Prozess« machte das Verfahren regional Schlagzeilen, denn die Angeklagten sollten das Gift aus den im Gefängnishof stehenden Fallen entnommen haben. Von dem Mordvorwurf wurden sie freigesprochen, denn in der Verhandlung kam der Verdacht auf, das angebliche Opfer habe die Sache inszeniert, vielleicht um sich an den beiden zu rächen. Jedenfalls zeichnete die



Vorsitzende Richterin in ihrer mündlichen Urteilsbegründung ein bedrückendes Bild von den Haftumständen in der Sicherungsverwahrung. Etwaige Ziele, wie das Erlernen sozialen Verhaltens, seien dort wohl kaum erreichbar.

Heute kann die Sicherungsverwahrung im Regelfall nur noch wegen schwerer Gewalt- oder Sexualstraftaten angeordnet und vollstreckt werden. Momentan sitzen etwa 600 Männer und weniger als eine Handvoll Frauen in den Trakten der Sicherungsverwahrungsabteilungen. Diese sind jeweils Strafanstalten angegliedert, beispielsweise in Berlin-Tegel, Bautzen oder Freiburg.

Zurück zu dem Gefangenen mit dem Spitznamen Shorty: In den Jahren der SV nimmt er diverse therapeutische Angebote an, von Bewegungs-therapie bis zu einem speziellen Gruppenprogramm für Sexualtäter. Er steht offen zu seinen Taten und bekundet Scham und Reue. Er beteuert immer wieder, jetzt, nach über 20 Jahren hinter Stacheldraht, Gittern und Mauern, sei ihm klar, er werde nie wieder andere Menschen verletzen. Dies genügt jedoch nicht ansatzweise, um freigelassen zu werden, denn die Anstalt und die Gutachter gehen davon aus, dass es keinen tiefgreifenden inneren Wandel in seiner Persönlichkeit gegeben habe, er lediglich verbal beteuere, nun alles einzusehen. Und so wird sein Verhalten zusehends destruktiver, wenn auch zu seinem eigenen Schaden; Fremdaggressionen gab es so gut wie keine. Zuletzt bastelte er eine kleine Armbrust, wohl wissend, dass so etwas in einer Justizvollzugsanstalt für Riesenärger sorgen würde. Es kam dann, wie es kommen musste, das Wachpersonal fand die Armbrust und er landete für viele Monate in strenger Einzelhaft. In der Sicherheitszelle mit Stahltoilette und an den Boden festgeschraubtem Bett fing er später aus Protest an, in die Zelle zu pinkeln, aber auch, durch einen schmalen Spalt in der Zellentüre, hinaus auf den Flur. Die Zellenwände verschmierte er mit Nudeln, Soßen und anderem.

Regressive Verhaltensmuster sind gerade im Bereich der Sicherungsverwahrung immer wieder zu beobachten. Sind Gefängnisse doch per se keine Orte, an denen Menschen mit kaputten Biografien wirklich die Liebe zur Freiheit und die Liebe zu leben lernen, weshalb immer wieder der Ruf zu hören ist, es müssten Alternativen her, Gefängnisse gehörten abgeschafft. Vereinzelt unterstützen sogar ehemalige Gefängnisdirektoren wie Thomas Galli, lange Jahre Gefängnisjurist in Bayern und zuletzt in Sachsen Leiter einer Haftanstalt, solche Forderungen. Auch international wird sich zusehends vernetzt, um Alternativen zum Strafvollzug aufzuzeigen, wie das vor wenigen Jahren veröffentlichte »No Prison Manifesto« von Rechtswissenschaftler\*innen, Kriminolog\*innen und Theolog\*innen zeigt.

Als Shorty und ich noch auf derselben Station wohnten, er am einen Ende des Flurs, ich am anderen, trafen wir uns morgens erst mal zum Kaffee, manchmal auch zum Schachspielen. Oder wir berieten über rechtliche Fragen: Wie könnten wir gegen Maßnahmen der Leitung der Justizvollzugsanstalt möglichst erfolgreich vorgehen? Im Laufe der Jahre gewann er so manches Verfahren.

Als ihm eines Tages der Gefängnisarzt das Ritalin-Medikament radikal absetzte, klagte er sich durch mehrere Instanzen, bis er beim Oberlandesgericht Karlsruhe einen durchschlagenden Erfolg erzielte. Zunächst war Shorty dabei ertappt worden, die Tablette nicht etwa geschluckt, sondern in seiner Hand versteckt zu haben, um sie aus dem Sanitätszimmer zu schmuggeln. Alle seine

Erklärungs-versuche halfen nichts. Auch nicht der Umstand, dass das ADHS-Medikament den Hunger dämpfe, er nach Einnahme unter Appetitlosigkeit leide, deshalb schon erheblich abgenommen habe und er das Medikament deshalb erst nach dem Essen nehmen wolle. Das von ihm eingeschaltete Landgericht ließ sich noch nicht überzeugen. Es meinte lapidar, medizinische Fragen seien gerichtlich kaum nachprüfbar. Deshalb zog Shorty vor die nächste Instanz. Weil hinter Gittern kaum etwas schnell geht, dauerte es rund ein Jahr vom Entzug des Medikaments, bis sich dann nach dem Urteil des OLG letztlich auch der Anstaltsarzt beugte und Shorty wieder das Medikament verordnete.

Mittlerweile wurde Shorty in ein anderes Bundesland verlegt, so soll ihm ein Neuanfang ermöglicht werden. Noch einmal von vorn beginnen. Nach über 20 Jahren im baden-württembergischem Strafvollzugssystem möchte er in Nordrhein-Westfalen versuchen, seinem Leben eine positive Wen-dung zu geben.

Schuldig geworden an anderen und ihre von der Gesellschaft durch die Gerichte zuge dachte Strafe abgesessen, leben die Sicherungsverwahrten dennoch weiter in den Gefängnissen. Eine Freilassung erfolgt erst dann, wenn meist mehrere psychiatrische Sachverständige und auch die Gerichte zu der Einschätzung gelangen, weitere schwere Straftaten seien künftig nicht mehr zu erwarten.

In vielen Fällen dauert die Unterbringung jedoch bis zum Tod, weshalb neben Insass\*innen auch kritische Kriminolog\*innen und Jurist\*innen die Sicherungsverwahrung letztlich als eine Art von Todesstrafe bezeichnen. Selbst das Bundesverfassungsgericht sprach in seinem Urteil zur Sicherungs-verwahrung 2004 von »hoffnungslos Verwahrten«, die bis zu ihrem Lebensende nicht freigelassen würden. Dabei können sich die Betroffenen auch auf Papst Franziskus berufen, der vor einigen Monaten die lebenslange Freiheitsstrafe als eine »versteckte Todesstrafe« (Enzyklika »Fratelli tutti«, Randnr. 268) bezeichnete. Und was ist – zumindest aus Sicht der Einsitzenden – die Sicherungsver-wahrung letztlich anderes?

*Thomas Meyer-Falk sitzt seit 2013 in der JVA Freiburg in Sicherungsverwahrung.  
Er hat in dieser Zeit etwa 60 Sicherungsverwahrte kennengelernt.*

## *Tiefer Eingriff in die Seele - Beitrag von Frau Prof. Dr. Graebisch*

Die Juristin Christine Graebisch kritisiert die Pre-Crime-Einsperrung: Trotz Verbesserungen nach höchstrichterlicher Rechtsprechung wirkt im Hintergrund der Strafgedanke weiter und die Schuld für mangelnde Behandlungserfolge wird den Verwarnten zugeschrieben.

[Veröffentlicht am 11. November 2022 im ND; Anm. Layout]

Im Mai 2011 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Sicherungsverwahrung für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Mehr als elf Jahre später fragt man sich, warum es dann diese Art der zeitlich unbefristeten Unterbringung noch geben kann und warum Sicherungsverwahrung heute sogar zunehmend verhängt und vollstreckt wird.

Die Zahl der Untergebrachten mag mit knapp 600 relativ gering erscheinen. Sie macht nur gut ein Hundertstel der Strafgefangenen aus. Aber unbedeutend ist sie nicht, weil es sich um eine präventiv begründete Maßnahme handelt. Sie tritt ein, wenn die Freiheitsstrafe schon vollständig verbüßt ist. Die Untergebrachten bezeichnen sie als eine Strafe für Taten, die sie noch gar nicht begangen haben. Und man kann hinzufügen: meistens auch gar nicht begehen würden. Es stellt sich die schwierig zu erforschende Frage, ob jemand deswegen keine Straftaten begeht, weil er – oder sehr selten einmal sie – eingesperrt ist. Vielleicht würde die Person in Freiheit keine Tat begehen.

### **Minority-Report: Das Problem der Prognose**

Das Problem wird sehr deutlich in Philip K. Dicks Kurzgeschichte »Minority Report«. Auf ihr beruht nicht nur der gleichnamige Film von Steven Spielberg, sondern auch eine ganze Reihe aktueller kriminologischer Analysen über Pre-Crime. Das ist die Tendenz, nicht erst nach, sondern schon vor einer Straftat zu intervenieren. Das klingt der Idee nach richtig. Es wäre auch richtig, wenn man sicher vorhersagen könnte, wer zukünftig sehr schwere Straftaten begehen wird. Dann könnte eine präventive Einsperrung gerechtfertigt sein. Genau diese Vorhersage war aber schon in Dicks Science Fiction aus den 1950er Jahren nicht möglich. Das wurde dem Leiter der Pre-Crime-Behörde jedoch erst bewusst, als er für sich selbst eine entsprechende Vorhersage erhielt. Er konnte dann auch selbst nicht wissen, ob er tatsächlich ein Tötungsdelikt beginge, wäre er nicht eingesperrt.

Das Problem besteht auch in der heutigen Realität. Es lässt sich aber nur selten erforschen. Eine Gelegenheit dafür ergibt sich, wenn zuvor als gefährlich deklarierte Personen entlassen werden müssen, etwa aufgrund von Verfahrensfehlern. Dann kann untersucht werden, wie viele tatsächlich die von ihnen erwarteten schweren Straftaten begehen. In solchen Studien zeigt sich grob gesprochen, dass mindestens 20 Personen eingesperrt werden müssten, um vor einer von ihnen sicher zu sein, die Straftaten begehen würde.

Der Unterschied zum Minority-Report ist, dass wir das rückwärtsgewandte Strafen nicht abgeschafft haben. Bei uns kommt die präventive Einsperrung dazu. Sie ist aber (bislang) auf diejenigen beschränkt, die meist bereits mehrere Taten begangen haben. Allerdings ist eben auch bei diesen ein Rückfall keineswegs zwingend. Außerdem werden die meisten schweren Taten von Menschen begangen, die vorher noch nie mit solchen in Erscheinung getreten sind.

Das Bundesverfassungsgericht sagt, von den auf Grundlage von Prognosen Eingesperrten würde ein »Sonderopfer« für die Gesellschaft verlangt. Ihre Unterbringung müsse daher grundlegend besser sein als die im Strafvollzug, so sieht es das sogenannte Abstandsgebot vor. Weil sie zeitlich nach Verbüßung der Strafe folgt, darf sie keinen Strafcharakter haben. Das ist einleuchtend, aber auch ein bisschen komisch. Denn gerade das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder hervorgehoben, dass auch die Art des Strafvollzugs keinen Strafcharakter haben darf. Die Strafe liegt lediglich im Entzug der Freiheit, nicht in schlechten Haftbedingungen.

Aber nun zurück zu der Frage, wie es sein kann, dass die Sicherungsverwahrung ihr Diktum vollständiger Verfassungswidrigkeit so unbeschadet überstehen konnte. Das liegt kurz gesagt daran, dass man die meisten Untergebrachten nicht entlassen wollte, auch das Bundesverfassungsgericht wollte das nicht. Um dieses Ergebnis zu erreichen, wurde eine Reihe von Argumentationsscharaden angestrengt. Sie im Einzelnen darzustellen, verbietet sich in einem nicht-juristischen Medium.

### **Historische Entwicklung**

Es ist anerkannt, dass das Recht der Sicherungsverwahrung höchst komplex geworden ist. Gerade die Verkomplizierung der Materie gehörte aber zu den beliebten juristisch-politischen Taschenspieler-tricks, die – leider unter maßgeblicher Beteiligung des Bundesverfassungsgerichts – die Aufrecht-erhaltung der Sicherungsverwahrung ermöglichten. Dies geschah, obwohl die Widersprüchlichkeit dieser Institution damit nicht reduziert, sondern auf die Spitze getrieben wurde.

Im Wesentlichen wurde das einst für »unverbesserliche Gewohnheitsverbrecher« von den Nationalsozialisten eingeführte Rechtsinstitut nunmehr zu einer Art therapeutisch motivierter Unterbringung umetikettiert. Die Sicherungsverwahrung war schon vor der NS-Machtübernahme diskutiert worden. Sie konnte nach der Schule Franz von Liszts lediglich die Funktion haben, die »Unverbesserlichen« einzusperren. Es ging also um die, die nicht als (heilbar) krank angesehen wurden. Es ging um die nicht mit Besserungsmaßnahmen wie einer Therapie Erreichbaren, die als rational böse betrachten »Gewohnheitsverbrecher«. Für die Behandelbaren wurde gleichzeitig der Maßregelvollzug eingeführt. Bis heute kommen sie auch bei Schuldunfähigkeit in die forensische Psychiatrie oder in zwangsweise Suchttherapie. Es handelt sich um über 10,000 auf strafrechtlicher Grundlage eingesperrte Personen, die in der Statistik der Strafgefangenen nicht auftauchen.

Wie kam es nun dazu, die Sicherungsverwahrung plötzlich als therapeutische Unterbringung zu konzipieren? Seit Mitte der 1990er Jahre vollzog sich eine Wende in der Kriminalpolitik. Für sie stehen die offen verfassungswidrigen Worte des seinerzeitigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (2001): »Wegschließen – und zwar für immer.« In einem rasanten Tempo aufeinanderfolgender Gesetzgebungsprozesse wurde eine Reihe an Verschärfungen des Rechts der Sicherungsverwahrung beschlossen. Sie sollten es unter anderem ermöglichen, Personen in Sicherungsverwahrung zu nehmen oder zu halten, bei denen das verurteilende Gericht dies gar nicht angeordnet



hatte. Die Gesetzesänderungen gipfelten 2008 in der – noch über das NS-Recht hinausgehenden – nachträglichen Sicherungsverwahrung nach dem Jugendstrafrecht.

Man wollte diese Menschen, die bislang von ihrer Entlassung ausgehen durften, eingesperrt halten. Man maßte sich an, eine fortbestehende Gefährlichkeit nach der Entlassung aus dem Verhalten im abgeschotteten Mikrokosmos des Vollzugs ableiten zu können. Das für Strafen nach dem Grundgesetz, aber auch der Europäischen Menschenrechtskonvention geltende Rückwirkungsverbot wischte man beiseite. Es handele sich bei der Sicherungsverwahrung ja gar nicht um eine Strafe, sondern um eine Maßregel der Besserung und Sicherung. Das sahen nicht nur die Betroffenen anders, die sich in nahezu exakt der gleichen Situation wie Strafgefangene fanden.

### **Rechtlicher Reparaturprozess**

2009 bestätigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seiner Entscheidung »M. gegen Deutschland«, Sicherungsverwahrung sei eine Strafe. Es erfolgten aber nur wenige Entlassungen der als »tickende Zeitbomben« diskreditierten Betroffenen. Was aber folgte, war ein hektischer Reparaturprozess am Recht der Sicherungsverwahrung durch Gesetzgebung und Bundesverfassungsgericht. Was Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als einen Dialog der nationalen und internationalen Menschenrechtsprechung feierten, wäre besser beschrieben als juristisches Ping-Pong, bei dem die Betroffenen zum Spielball wurden.

Der EGMR hatte darauf hingewiesen, dass es neben der Möglichkeit, die Freiheit wegen einer Straftat zu entziehen, noch die der Unterbringung von psychisch beeinträchtigten Personen gebe. Daraufhin kamen in Deutschland Rechtsentwicklungen in Gang, die den Umbau der (nachträglichen) Sicherungsverwahrung zu einer Art der Therapieunterbringung vollzogen. Vereinfacht gesagt machte das Bundesverfassungsgericht das Fortbestehen des Instituts der Sicherungsverwahrung von dessen – systemwidriger – Umgestaltung abhängig. Es gewährte dem deutschen Gesetzgeber eine Übergangsfrist für die aus seiner Sicht notwendige grundlegende Veränderung. Mit dieser gelang es dann, den EGMR davon zu überzeugen, dass nun kein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention mehr vorläge.

Die Entscheidung der Großen Kammer des EGMR vom 4. Dezember 2018 zeigt, dass die Richterinnen und Richter die Systemwidrigkeiten und Brüche, die Umetikettierungen und Scheinveränderungen nicht verstanden. Genauer gesagt wollten sie diese wohl nicht verstehen. Jedenfalls half es nicht, dass der portugiesische Richter Paulo Pinto de Albuquerque, der sich intensiv mit dem deutschen Recht befasst hatte und später auch ein ausführliches Sondervotum veröffentlichte, sie offenlegte.

### **Verpflichtende Behandlungsangebote**

Trotzdem hatte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011 auch positive Aspekte. Sie stärkte in mehrfacher Hinsicht die Rechte der Gefangenen und Untergebrachten. Insbesondere das Abstandsgebot führte zu baulich großzügigeren Unterbringungen. Auch sonst gab es diverse Verbesserungen, die man zusammenfassend als quantitative Erhöhungen der Rechte Strafgefangener bezeichnen kann. Allerdings machen diese die Sicherungsverwahrung noch lange

nicht zu etwas qualitativ anderem als Strafvollzug. Auch bringen sie den Untergebrachten nicht immer reale Vorteile, wenn etwa die Mindestbesuchszeiten erhöht sind, aber längst niemand mehr geblieben ist, der zu Besuch kommen möchte. Daher bleibt als zentrale Verbesserung die des Rechtsschutzes, der in Haft ohnehin stets prekär ist.

Kernelement ist hier die zwingende Überprüfung, ob es tatsächlich erforderlich ist, die Sicherungsverwahrung weiterhin zu vollstrecken. Sie hat in relativ kurzen Abständen von einem Jahr, ab zehnjähriger Unterbringung von neun Monaten, zu erfolgen. Dabei muss das Gericht immer auch prüfen, ob der Person seitens der Anstalt ein angemessenes Behandlungsangebot zur Verfügung gestellt wurde. Dieses muss sogar schon während des Vollzugs der Freiheitsstrafe, die der Sicherungsverwahrung vorausgeht, überprüft werden. Die Regelung beruht auf Erfahrungen der vorangegangenen Jahrzehnte, in denen oftmals wenig unternommen wurde, was den Betroffenen hätte helfen können, einer Einstufung als nicht mehr gefährlich und damit einer Entlassung näherzukommen.

Stellt das Gericht fest, dass das Behandlungsangebot unzureichend war, muss es der Anstalt eine Frist bis zu sechs Monaten setzen, dies zu verändern. Kommt die Anstalt dem nicht nach, erfolgt danach die Entlassung – unabhängig davon, ob die untergebrachte Person weiterhin als gefährlich eingestuft wird. Diese Regelung stellte eine deutliche Stärkung der Rechte der Betroffenen dar. Sie sollten fortan nicht mehr mit Argumenten wie Personalmangel hingehalten werden können. Die Anstalt sollte nicht mehr darauf vertrauen können, dass die Untergebrachten ja ohnehin nicht entlassen würden und man sich daher Zeit lassen könnte. Auch das Argument, sie seien eben zur Behandlung nicht motiviert, sollte nicht mehr gelten. Denn das Bundesverfassungsgericht verlangt, dass sie dann eben zu motivieren seien.

### **Kein ausreichend qualifiziertes Personal**

Leider muss man heute konstatieren, dass sich diese positiven Regelungen im Ergebnis als kontraproduktiv erweisen. Oftmals verfügen die Anstalten nicht über das notwendige Behandlungsangebot, schon weil es an ausreichend qualifiziertem Personal fehlt. Auch besteht bei diesem eine hohe Fluktuation und man kann beobachten, dass gerade den Betroffenen zugewandtes Personal, mit dem diese echte therapeutische Fortschritte machen können, oft nach kurzer Zeit nicht mehr in einer Anstalt arbeiten will.

Diese Situation trifft auf eine im Vollzug verbreitete Haltung, wonach Behandlungsangebote wie eine Vergünstigung gehandhabt werden, die man sich als Insasse erst einmal verdienen muss. Im Hintergrund wirkt hier der Strafgedanke weiter. Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Anstalten als Voraussetzung für alles und jedes – auch für den Zugang zu Therapieangeboten – ein Unterwerfungszeremoniell fordern. Es wird verlangt, Taten zu gestehen, Verantwortung für sie zu übernehmen, was im Urteil steht als maßgeblich für die eigene Identität anzuerkennen.

Dies geschieht auch in Behandlungsgruppen, in denen die Taten vor den anderen beschrieben werden müssen. Deren Verankerung in der Persönlichkeit und letztlich die eigene biografische Schlechtigkeit muss konstatiert werden. Solche Degradierungsrituale werden, auch entgegen wissenschaftlichen Erkenntnissen, als unabdingbar für einen Rückfallpräventionsplan konzipiert.

Anstelle einer Orientierung an Ressourcen und den sozialen und emotionalen Potenzialen werden nur Defizite eruiert.

Die genannten prozessualen Verbesserungen bewirken hier leider das Gegenteil des Beabsichtigten. Die Anstalt möchte sich nicht nachsagen lassen, etwas versäumt zu haben, und erst recht nicht verantwortlich dafür sein, dass jemand entlassen wird. Sie setzt daher alles daran, die Schuld für mangelnde Behandlungserfolge in den betroffenen Individuen zu verankern.

### **Fragliche Vorwürfe gegen die Inhaftierten**

Die Untergebrachten seien nicht intrinsisch zur Therapie motiviert, heißt es. Aber warum sollten sie dies für eine Zwangstherapie sein? Sie definierten sich nur als Opfer (des Justizsystems) statt als Täter. Aber warum kann man denn daran nicht therapeutisch anknüpfen? Sie formulierten keinen eigenen Therapieauftrag. Aber weshalb, wofür und woher sollten sie das können? Sie seien nicht bereit, sich (schon wieder) auf eine neue Therapeutin einzustellen, der Wechsel gehöre zum Leben. Aber warum sollte denn Therapie unter den ohnehin erheblich erschwerten Bedingungen des Vollzugs nichts mit einem persönlichen Vertrauensverhältnis zu tun haben? Das hat es doch draußen auch und wäre gerade wichtig, wenn man sogar noch eine intrinsische Motivation verlangt. Und wieso sollte kein Zusammenhang mit dem jeweils therapeutischen Ansatz bestehen, den die behandelnde Person verfolgt? Es handelt sich durchwegs um Argumente, mit denen sich die Anstalt gegen Kritik abschottet und die Verantwortung auf die Betroffenen selbst schiebt.

Dies schafft eine für die Betroffenen ebenso ausweglose wie identitätsbeschädigende Lage. Sie ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass Bundesverfassungsgericht und EGMR versucht haben, mit der Fiktion von Therapierbarkeit das Institut der Sicherungsverwahrung umzufunktionieren, damit bestimmte Personen nicht entlassen werden müssen. Die dadurch entstandene Lage fügt sich in eine neoliberale Kriminalpolitik ein, die die gesellschaftlich und ökonomisch Ausgeschlossenen für ihre Situation noch selbst verantwortlich macht. Strafrechtlich begründete Einsperrung kann ihre offiziellen Zwecke (Abschreckung, Sicherung, Resozialisierung) nicht in einem Maße erreichen, das diese Einsperrung gegenüber den Betroffenen rechtfertigen könnte.

Allerdings erfüllt das Strafrecht seine unausgesprochene Funktion sehr effektiv: die Individualisierung gesellschaftlicher Probleme. Diese wirkt im präventiv begründeten Freiheitsentzug noch stärker. Sie wird dort tagtäglich durch am Individuum ansetzende Behandlungsprogramme in die Individuen eingeschrieben. Machen sie wirtschaftliche oder soziale Gründe für ihre Straftaten geltend, so wird ihnen gesagt, sie verschöben die Verantwortung auf andere. Nur wenn das Programm der Resozialisierung absolviert ist, die Verantwortungsübernahme durch die Individuen verinnerlicht ist, kommt eine Entlassung in Betracht.

Die Therapeutisierung der Sicherungsverwahrung seit 2011 sollte dieser den Strafcharakter nehmen. Sie hat im Ergebnis aber nur eine modernisierte und wohl sogar perfidere Art der Verantwortungs-zuschreibung erzeugt. Sie greift in die Seele der Betroffenen eher noch tiefer ein und bringt sie zudem einer Entlassung nicht näher. Der Gesellschaft dürfte sie kaum Sicherheit verschaffen. Das Konzept der Therapeutisierung folgte schließlich auch nicht wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern juristischer Rechtfertigungsakrobatik.

*Christine Graebisch ist Juristin und seit 2011 Hochschullehrerin für Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Dortmund. Zu ihren Schwerpunkten gehören strafrechtliche Sanktionen, Freiheitsentziehung und Straffälligenhilfe. Sie leitet das Strafvollzugsarchiv, in dem Korrespondenz mit Gefangenen geführt wird, und vertritt auch Einzelfälle vor Gericht.*

## *A long road .... der Kampf um die Freiheit!*

Veröffentlicht am 19. November 2022

Wie vor einigen Wochen in eigener Sache berichtet, kam eine Psychiaterin zu dem Ergebnis, dass von mir keine schwersten Gewalttaten zu erwarten seien. Hieran scheinen nun Haftanstalt und Gericht zu zweifeln.

### **Die Vorgeschichte**

Seit Oktober 1996 sitze ich in Haft, seit 2013 in der Sicherungsverwahrung. Eine sogenannte Maßregel der Sicherung und Besserung, eingeführt mit Gesetz vom 24. November 1933. Seitdem können Menschen in Deutschland auch nach Haftverbüßung festgehalten werden, selbst bis sie tot sind. Jährlich prüft eine mit drei richterlichen Personen besetzte Kammer, ob die Fortdauer der SV notwendig ist. Nach 10 Jahren ist eine besonders ausführliche Prüfung notwendig. Da ich vor einer Gesetzesreform der CDU/FDP-Koalition von Anfang 1998 verurteilt wurde – seinerzeit wurde die Obergrenze von maximal 10 Jahren Dauer der SV gekappt und auf (potentiell) „lebenslänglich“ verlängert – gilt ein eingeschränkter Vertrauensschutz in die alte Regelung, jene mit der maximalen Obergrenze.

Bei diesen sogenannten „Altfällen“ darf die Verwahrung über 10 Jahre hinaus nur fort dauern, wenn schwerste Gewalttaten mit hoher Wahrscheinlichkeit drohen und zugleich eine psychische Störung vorliegt (vgl. für jene, die die rechtlichen Aspekte nachlesen möchten, Artikel 316 Buchstabe f im EG StGB, das ist das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch, in welchem solche Sonderbestimmungen aufgeführt sind).

### **Das Gutachten**

Die Psychiaterin Frau Dr. Schmitt (Name geändert) kam zu dem Ergebnis, dass von mir nicht nur keine schwersten Gewalttaten zu erwarten seien, sondern es seien gar keine rechtlich erheblichen Straftaten zu erwarten. Dies begründete sie auf über 120 Seiten.

Nachdem das Gutachten der Haftanstalt und dem Gericht zugegangen war, eröffnete mir die für mich zuständige Stationspsychologin Frau W. die wesentlichen Ergebnisse und deutete dabei aber auch schon an, dass man seitens der Anstalt vermutlich einige Fragen an die Gutachterin haben werde. Denn noch 2019 kam ein anderer Gutachter, Professor Dr. Bandelow, lediglich zu dem Ergebnis, es sei nicht hinreichend sicher auszuschließen, dass ich wieder straffällig würde (das sind juristische Feinheiten, die rechtlich erhebliche Auswirkungen haben).



## **Meine erste Reaktion**

Nachdem mir Frau W. die wesentlichen Ergebnisse mitteilte, war mir klar, dass nun eine angeregte Zeit folgen würde, denn die baden-württembergische Justiz hat meine Anfangszeit nicht vergessen. Ich saß von 1996 bis 2007 in Einzelhaft/Isohaft und wurde wegen Beleidigung/Bedrohung von PolitikerInnen und RichterInnen zu insgesamt 5 Jahren 3 Monaten Haft verurteilt. All das ist über 20 Jahre her, aber so etwas wird nicht vergessen.

Ich stellte also Anträge bei Gericht auf sofortige Entlassung, denn sollten von mir keine rechtlich erheblichen Taten zu erwarten sein, würde die Rechtsgrundlage für die weitere Verwahrung entfallen (vgl. § 67 Buchstabe d StGB). Zugleich beantragte ich bei der Haftanstalt die Gewährung von Hafturlaub, unbewachten Aus-gängen und ähnliche Lockerungen, denn die Gutachterin hatte Locker-ungen vorgeschlagen, eine Flucht-gefahr ausgeschlossen und zudem für eine alsbaldige Freilassung auf Bewährung plädiert.

## **Die Reaktion von Gericht und Haftanstalt**

Seitens der vorsitzenden Richterin der 12. Strafvollstreckungskammer wurde mir mitgeteilt, dass man nun erst mal Stellungnahmen von den Verfahrensbeteiligten abwarten müsse. Vorher passiere gar nichts. Der Leiter der Abteilung Sicherungsverwahrung, Dipl. Sozialpädagoge Herr G. ließ mich in einem persönlichen Gespräch wissen, seitens der Anstalt und des Gerichts gäbe es viele, viele Fragen an die Sachverständige Frau Dr. Schmitt (Name geändert).

Wesentliche Punkte seien nämlich nicht konsistent, nicht frei von Widersprüchen, oder es fänden sich für zentrale Schlussfolgerungen keine oder nicht ausreichend Belege, zudem gebe es Diskrepanzen zu dem oben erwähnten Vorgutachten von Professor Dr. Bandelow.

Zudem sei es auch nicht von Vorteil, dass ich in den letzten neun Jahren kein einziges Mal zu den jährlich stattfindenden Anhörungen erschienen sei, erst jetzt, im 10. Jahr zu dem Termin zu gehen, das sei ein wenig spät, da ich so verhindert hätte, dass das Gericht mich „vorab“ schon mal hätte persönlich kennen lernen können.

Nun werde man seitens der Anstalt binnen weniger Tage erst mal umfänglich zu dem Gutachten und all den Kritikpunkten Stellung nehmen. Dann müsse man abwarten, wie die Gutachterin sich hierzu verhalte.

## **Ausblick**

Es wird nun in den kommenden Wochen und Monaten ein Austausch von Stellungnahmen zwischen Haftanstalt, Gutachterin und Verteidigung folgen. Wie das Ergebnis dann lauten wird, ist offen. Vor wenigen Tagen hat die Dortmunder Professorin Graebisch in einem sehr lesenswerten Artikel im „Neuen Deutschland“ (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1168354.sicherungsverwahrung-tiefer-eingriff-in-die-seele.html>) dargestellt, vor welchen Schwierigkeiten Sicherungsverwahrte im Allgemeinen stehen und im Besonderen, wenn sie entlassen werden wollen. Insofern ist meine eigene Situation, wie ich sie oben beschrieben habe, nicht ungewöhnliches. Die allermeisten Sicherungsverwahrten in Deutschland stehen vor ähnlichen Hindernissen, sobald es in Richtung „Freiheit“ geht.

## *Anti-Knastdemo Ende 2022 – aus Gefangenensicht!*

Veröffentlicht am 7. Januar 2023

Am 31.12.2022 fand, wie nun seit vielen Jahren, eine Anti-Knastdemo vor den Mauern des Freiburger Gefängnisses in Südbaden statt. Im Gegensatz zu früheren Jahren muss der Polizeieinsatz dieses Mal wohl massiv gewesen sein und folgt man der Liveberichterstattung versuchte die Polizei offenbar das Abfeuern von Feuerwerk aus der Demo heraus zu unterbinden.

Wir hier in der Haftanstalt die baulich keine Sicht auf die Strasse vor das Gefängnis haben konnten an Silvester 2022 wieder über Radio Dreyeckland (<https://www.rdl.de>) live mit dabei sein, denn neben dem Livestream übertrug RDL auch auf seiner UKW-Frequenz.

So konnten wir hören wie sich die Demo kämpferisch und lautstark gegen die offenbar massive Polizeipräsenz und auch die Blockade der Demo durch behelmte Polizist\*innen verteidigte. In Redebeiträgen wurde auf die revolutionäre Situation im Iran ebenso verwiesen, wie auf die desolate Lage in der bundesdeutschen Abschiebehaft.

Und auch die politische musikalische Live-Performance kam richtig gut an. Hier in der Abteilung Sicherungsverwahrung standen einige von uns an den Fenstern, manche saßen im Hof, andere in ihren Zellen und hörten so der Demonstration zu.

Ein besonderer Dank gilt den Redakteur\*innen von RDL welche die Live-Übertragung ermöglicht haben! Und ganz besonders an all die Aktivist\*innen die vor den Knastmauern waren und sich auch von der Polizeipräsenz nicht haben beeindrucken lassen!

Für gefangene Menschen sind Proteste wie die an Silvester 2022 Mut machend, denn sie spannen ein Netz der Solidarität zwischen den Welten und deren Menschen: vor und hinter den Mauern, und wie die Redebeiträge deutlich machten, auch über Regionen und die menschengemachte Grenzen hinweg!

Das Feuerwerk während der Demo und bis nach Mitternacht von vielen Zellenfenstern aus beobachtet, fügt sich hier gut ein, denn es symbolisiert mit jedem einzelnen Funken am Nachthimmel die Vergänglichkeit. Ob nun des eigenen Lebens, von Herrschaft jeder Art und im Kontext Gefängnis, symbolisiert es die Unbeständigkeit von Knastsystemen! Zugleich bietet es auch die Möglichkeit den Moment zu genießen. Die Farbenpracht, die Energie, die Ästhetik der ganz verschiedenen farben-reichen Effekte.

Darum geht es doch am Ende auch immer: trotz allem das Leben zu genießen! Es auszufüllen, trotz alledem! 2022, 2023 und für alle Zukunft!

## *In eigener Sache: Gericht erwägt zweites Gutachten wegen Prüfung der Haftentlassung!*

Veröffentlicht am 19. Februar 2023

Seit Oktober 1996 sitze ich in Haft und seit Sommer 2013 nunmehr in Sicherungsverwahrung. Mitte Februar 2023 stand die Prüfung der Frage an, ob ich spätestens im Juli dieses Jahres entlassen werde. Dem Landgericht genügte die ausführliche Expertise einer renommierten

Münchner Gutachterin und Psychiaterin nicht, so dass erwogen wird ein weiteres Gutachten in Auftrag zu geben.

### **Anordnung einer mündlichen Anhörung vor dem Landgericht Freiburg**

Am 15.02.2023 fand eine nicht-öffentliche Anhörung der 12.Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Freiburg, unter Vorsitz des Richters Kronthaler statt. Für Punkt 12 Uhr waren geladen: mein Rechtsanwalt aus Düsseldorf, Vertreter\*innen der JVA, für diese erschienen der Leiter der SV-Abteilung, Herr G. und die Stationspsychologin Frau W. Aus München per Video zugeschaltet war die Psychiaterin und Gutachterin. Zudem war auch ich selbst im Gerichtssaal.

Nachdem die Münchner Psychiaterin, die seit immerhin 41 Jahren solche Gutachten erstellt, vor einigen Monaten in einem 130-Seiten umfassenden Gutachten zu dem Schluss kam, von mir seien keine rechtlich erheblichen Taten zu erwarten, schon gar nicht bestünde die hohe Gefahr der Begehung schwerster Gewalttaten, stellte sich nun die Frage ob ich freigelassen werden würde. Die Gutachterin war im Vorfeld von Haftanstalt und Staatsanwaltschaft schriftlich hart angegangen worden. Das umfangreiche Gutachten sei widersprüchlich, weise zahlreiche Leerstellen auf und es wäre damit letztlich ungeeignet, hierauf eine Freilassung zu stützen. Die Staatsanwaltschaft stellte sogar in den Raum, die Gutachterin habe einseitig zu meinen Gunsten gegutachtet. In einem 17-seitigen Schriftsatz setzte sich im Dezember 2022 die Psychiaterin ausführlich mit den Einwänden der Justiz auseinander und riet in Richtung der Haftanstalt, diese müsse auch mal lernen (mich) „loszulassen“. Nun kam es in der mündlichen Anhörung zu einem Aufeinandertreffen der Vertreter\*innen der Haftanstalt und der Münchner Gutachterin.

### **Verlauf der mündlichen Anhörung**

Das Landgericht in Gestalt des Vorsitzenden und seine beiden Beisitzenden nahmen sich rund zwei Stunden Zeit. Die erste Stunde war die Sachverständige aus München per Internet zugeschaltet und sie wurde ausführlich vom Vorsitzenden, der selbst mit hörbar bayrischem Akzent sprach, befragt. Schlussendlich meinte der Vorsitzende jedoch, das Gutachten sei zu widersprüchlich, die Gutachterin zudem „umstritten“, zudem mokierte er sich darüber, dass die Gutachterin 17.000 Euro in Rechnung gestellt hatte. Er und die Kammer würden zudem dazu tendieren, ein weiteres Gutachten zu beauftragen. Ich selbst wurde sodann rund 30 Minuten befragt und stellte dar wie ich mir mein Leben in Freiheit vorstelle. Und so gingen die Argumente hin und her, auch mein Verteidiger warf seine Argumente in den Ring.

### **Ergebnis der Anhörung**

Da Gericht, Staatsanwaltschaft und auch die Haftanstalt (wenig überraschend) nicht mit dem für mich sehr günstigen Gutachtenergebnis, bzw. dessen Herleitung und Begründung übereinstimmen, wird wohl ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben werden. Dieses soll sich, so es tatsächlich dazu kommt, dann speziell zu der Frage äußern, ob im Falle einer Entlassung am 07.07.2023 (zum 10-Jahreszeitpunkt: für diesen Zeitpunkt sieht das Strafrecht eine ganz besonders sorgfältige Prüfung vor) mit hoher Gefahr weitere schwerste Gewalttaten zu erwarten seien. Dies hatte die Münchner Gutachterin eindeutig verneint, aber nicht auf eine Weise, dass das Gericht damit zufrieden war.

## Ausblick

Das hier beschriebene Prozedere ist nicht untypisch für den Bereich der Sicherungsverwahrung, bzw. den Straf- und Maßregelvollzug insgesamt. Während eindeutig „negative“ Gutachten, die also eine hohen Gefahr weiterer Straffälligkeit behaupten, in seltensten Fällen von Gerichten, Haftanstalten oder Staatsanwaltschaften in Frage gestellt werden, widerfährt bei für Insass\*innen günstigen Gutachten oftmals das Gegenteil. Mit großem justiziellen Engagement wird nach (vermeintlichen) Lücken gesucht, um das günstige Ergebnis aushebeln zu können.

In meinem Fall stehen mir nun weitere Monate des Wartens bevor, in welchen zudem von Seiten der Haftanstalt kaum mit vollzugsöffnenden Maßnahmen zu rechnen ist, denn für diese ist die Entlassfrage offen. Ein/e Sachverständig/e wird mich in den nächsten Wochen oder Monaten in der JVA aufsuchen, wenn das Gericht den Auftrag erteilen sollte, anschließend das schriftliche Gutachten erarbeiten und dem Gericht vorlegen. Erst dann wird es eine weitere mündliche Anhörung geben. Je nach Ausgang dieser Anhörung steht dann der Staatsanwaltschaft, aber auch mir, die Möglichkeit der sofortigen Beschwerde zum Oberlandesgericht offen, was weitere Wochen des Wartens bedeuten wird.

## *Haftanstalt befürwortet Vollzugslockerungen für Thomas Meyer-Falk*

Veröffentlicht am 12. März 2023

Wie vor wenigen Wochen berichtet, verlief die gerichtliche Anhörung am 15.02.2023 zur Frage meiner Haftentlassung aus der Sicherungsverwahrung nicht so glatt wie von manchen erhofft. Das Landgericht Freiburg beabsichtigt die Beauftragung eines neuen Gutachtens, da jenes der Münchner Sachverständigen das Gericht nicht überzeugte.

Bis zur Vorlage des neuen Gutachtens werden Monate ins Land gehen, weshalb die Haftanstalt in Freiburg am 06.März 2023 darüber beraten hat, ob nicht zumindest Vollzugslockerungen gewährt werden könnten. Seit zehn Jahren erhalte ich lediglich von Gefängnisbeamten bewachte Ausführungen und davon auch nur vier pro Jahr! Im Rahmen einer Vollzugsplankonferenz (VPK) wurde mir nun vom Leiter der SV-Abteilung, Herrn G.mitgeteilt, man werde seitens der Anstalt beim Justizministerium Baden-Württemberg sogenannte „Begleitausgänge“ beantragen, so dass ich gemeinsam mit der Sozialarbeiterin oder der Stationspsychologin zwei Mal im Monat die Anstalt für ein paar Stunden verlassen dürfte, ohne dass Wachpersonal dabei wäre.

## **Die Vollzugsplankonferenz**

Das Gespräch im Rahmen der VPK, an der neben Herrn G. auch die Anstaltspsychologin Frau W. und die Sozialarbeiterin Frau S. sowie Herr C., als Vertreter des uniformierten Dienstes teilnahmen, wurde darüber gesprochen, dass eine Freilassung im Sommer nicht gänzlich unwahrscheinlich sei. Zugleich äußerten Herr G. und Frau W. Kritik an meinen Beiträgen u.a. auf meinen Internetblog, wo ich sehr deutlich Kritik am Vollzugssystem äußern würde, wohingegen ich doch zu differenzierterer Betrachtung durchaus in der Lage sei. So hätte ich am 15.02.2023 vor Gericht, auf die Frage des Vorsitzenden, wie ich den Kontakt zur Psychologin Frau W. empfinde,

neben kritischen Gedanken auch positive Aspekte darstellen können. Man wünsche sich, dass dies auch in der „Außendarstellung“ im Internet erfolge. Worauf ich erwiderte, dass zum einen die konkrete einzelne (beruflich bedingte) Beziehung zwischen Insassen und Personal in der Tat differenziert zu betrachten sei, zum anderen ich aber nicht der Pressesprecher der Anstalt sei und in einer generellen Vollzugskritik bestimmte Aspekte eben keinen Eingang in die Darstellung fänden.

Der Leiter der SV-Abteilung, Herr G. merkte noch an, dass nach Ansicht der Anstalt ich keines „betreuten Wohnens“ bedürfe und zudem in einer wesentlich günstigeren Lage sei als andere Insassen, denen nämlich jegliches soziale Netz in Freiheit fehle. Letztlich hänge der weitere Verlauf aber an dem neuen Gutachten, welches das Landgericht Mitte März beauftragen wird.

### **Ausblick**

Bis das Justizministerium über den Antrag der JVA auf Begleitausgänge entscheiden wird, soll ich zumindest monatlich eine Ausführung erhalten, die erste sei schon im April denkbar, so Herr G.

Es werden weitere spannende Wochen und Monate. Eine in Freiburg angefragte Sachverständige erklärte sich prinzipiell bereit einen gerichtlichen Auftrag zu übernehmen und deutete an, noch vor dem 07.07.2023 (der sogenannte „10-Jahreszeitpunkt“ der SV) ein Gutachten vorlegen zu können.

*In eigener Sache: Weitere Spaziergänge – es bleibt spannend!*

Veröffentlicht am 14. April 2023

Wie vor einigen Wochen berichtet, sieht auch die JVA Freiburg die Möglichkeit einer Freilassung meiner Person im Sommer. Deshalb erhalte ich seit März monatlich eine Ausführung. Zuvor waren diese nur alle drei Monate möglich. Zudem sind sie nicht mehr von zwei Vollzugsbeamten bewacht, sondern einer geht mit und wird ergänzt von einer/einem Mitarbeiter/in des Sozialdienstes oder des psychologischen Dienstes. Beim Justizministerium hat die Anstalt zudem beantragt, auf eine Bewachung durch den Vollzugsbeamten ganz zu verzichten.

### **Ausflug am 30. März 2023**

An einem etwas verhangenem Donnerstag ging es mit Amtsinspektor L. und Oberpsychologierätin W. per S-Bahn von Freiburg nach Riegel/am Kaiserstuhl, denn dort lebte ich von meinem 10. – 18. Lebensjahr und wollte mal schauen, was sich so verändert hat. Das Tagesticket schenkte mir ein Freiburger Freund und obwohl ich es nicht vor Fahrtantritt entwertet hatte (erstmal seit 1996 stand ich an einem Bahngleis und fand keinen Automaten vor, die beiden Bediensteten der Anstalt wussten auch nicht weiter), formal also mit einem ungültigen Ticket die Bahn betrat, war die Kontrolleurin, nachdem ich sie darauf hinwies, es sei meine erste Fahrt seit Jahrzehnten und die beiden Personen dort – dabei zeigte ich auf Frau W. und Herrn L. – würden mich als Gefängnisbedienstete bewachen, so freundlich, es zu entwerten und mich/uns aufzuklären, wo die kleinen roten Entwerterkästchen stünden – nämlich nicht in der Bahn, sondern überall an den Bahnhöfen.



Der Spaziergang durch den Ort gestaltete sich als entspannt, sehr angetan war ich von den vielen Störchen (mindestens 10 Nester auf der Kirche). Im örtlichen Café Rösch kehrten wir ein und während wir dort saßen, ging ein ordentlicher Schauer nieder.

Zuletzt ging ich noch im (für mich neuen) Gewerbegebiet in einen Supermarkt, bevor ich nach Freiburg zurück fahren musste.

Die Unterhaltung mit der Psychologin und dem Vollzugsbeamten verlief recht entspannt, was sich so dann auch im Ausführungsbericht der Anstalt wiederfand – wie auch die Episode mit der Fahrkarte am Anfang! Nichts bleibt unprotokolliert beim Staat.

### **Ausführung am 12. April 2023**

Freiburg bietet in der Regel überdurchschnittlich viel Sonnenschein, aber auch an diesem Tag sollte es wieder recht bewölkt und teilweise regnerisch sein. Diesmal begleitete mich „erster Amtsinspektor“ W. und der Leiter der Abteilung Sicherungsverwahrung Herr G.

Der erste Weg führte zur Anlauf- und Beratungsstelle für Straftentlassene (<https://www.bezirksverein-freiburg.de>), wo ein Gesprächstermin vereinbart war, um – für den Fall der Entlassung im Sommer – eine mögliche Beratungsstelle kennen zu lernen. Der Sozialarbeiter Herr S. und sein Studi-Praktikant nahmen sich am Ende fast eine Stunde Zeit, um das Angebot des Vereins vorzustellen und uns auch das Haus zu zeigen, mit Café-Räumlichkeiten, WLAN, Billardtisch und eben die vielen Freizeit-angebote zu erläutern.

Im Anschluss an diesen Gesprächstermin ging es in die Innenstadt zum Mittagessen in das Dachrestaurant eines Kaufhauses, wo wir dann rund eine Stunde zubrachten (währenddessen ging ein ordentlicher Regenschauer nieder). Abschließend ging es noch in einen REWE-Supermarkt und, wie es fast schon Tradition ist, zu einem türkischen Lebensmittelhändler unweit der Haftanstalt.

Zu dem SV-Leiter meinte ich, er könne ja richtig Humor entwickeln, denn es gab nicht wenig zu lachen während der rund fünf Stunden.

### **Ausblick**

Letztlich hängt der weitere Fortgang von den beiden GutachterInnen des Zentrums für Psychiatrie (Emmendingen) ab, die das Landgericht beauftragt hat, sich erneut über den Fall zu beugen. Warum erzähle ich relativ ausführlich von den beiden Ausführungen? Im Grunde sind es ja banale Aktivitäten: Spazieren gehen, einkaufen, Mittag essen. Aber wenn mensch Jahrzehnte in Haft zugebracht hat, ist im Grunde erstmal nichts was außerhalb der Mauern geschieht, „banal“.

Zugleich erlebe ich jedoch keinen Zivilisationsschock, denn es gab ja früher ein Leben vor der Haft und wenn man freundlich auf Menschen, ob auf der Straße, im Aufzug, in der S-Bahn, im Laden zugeht, kommt nach wie vor in der Regel eine ebenso freundliche Reaktion.

## *Der Freiheit und dem Leben so nah! Gericht entscheidet sich für Entlassung*

Veröffentlicht am 13. Juli 2023; Update am 21. Juli 2023

Seit Oktober 1996 sitze ich in Haft, seit Sommer 2013 in Sicherungsverwahrung (SV). Nun stand die Prüfung der Frage an, ob ich entlassen werde. Das Landgericht Freiburg hat am 05.07.2023 entschieden, die weitere Unterbringung in der SV für erledigt zu erklären.

### **Anhörung vor dem Landgericht Freiburg**

Am 05.07.2023 fand eine nicht-öffentliche Anhörung der 12. Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Freiburg, unter Vorsitz des Richters Kronthaler statt.

Auf dem Weg zum Gericht, ich wurde in einem blauen Anstalts-Bully gefahren, wusste ich mich von vielen guten Wünschen seitens Freundinnen und Freunden, wie auch Genossinnen und Genossen begleitet. Zusätzlich Kraft und Mut gab das Wissen, dass Freund\*innen und Unterstützer\*innen vor dem Gericht während der Anhörung ihre Solidarität bekundeten!

Hatte es in den Morgenstunden in Freiburg teilweise noch heftig geregnet, klarte zwischenzeitlich der Himmel auf und die Sonne brach durch die Wolken – ein gutes Vorzeichen, wenn man so möchte.

Für 12 Uhr mittags waren vor Gericht geladen: Mein Rechtsanwalt aus Düsseldorf, sowie jene zwei Sachverständige, die vom LG zuvor beauftragt worden waren, mich erneut zu begutachten. Ferner waren VertreterInnen der JVA erschienen, namentlich der Leiter der SV-Abteilung, Herr G. und die Stationspsychologin Frau W., zudem die künftig zuständige Bewährungshelferin Frau M. und zu guter letzt ich selbst.

Nachdem im Herbst 2022 eine Münchner Psychiaterin in einem im Auftrag des Gerichts erstellten 130-Seiten umfassenden Gutachten zu dem Schluss kam, von mir seien keine rechtlich erheblichen Taten zu erwarten, schon gar nicht bestünde die hohe Gefahr der Begehung schwerster Gewalttaten, wurden gegen diese Expertise seitens der Staatsanwaltschaft, der Haftanstalt und auch des Gerichts teils massive Einwände erhoben. Deshalb hatte das LG zwei weitere Sachverständige beauftragt und von diesen wurde ich im Mai 2023 in sechs Sitzungen über Stunden hinweg befragt.

### **Ergebnis des Gutachtens**

Die beiden neuen Sachverständigen, sie sind für eine forensische Psychiatrie (ZfP) aus dem Freiburger Umland tätig, kamen in ihrem 93-Seiten umfassenden Gutachten zu dem Ergebnis, es bestehe keine hohe Gefahr der Begehung schwerster Gewalttaten und schrieben, sie würden eine Entlassung befürworten. Der „soziale Rückhalt im radikallinken Milieu und die (von mir) akzeptierten Nachsorgeangebote bilden ein hinreichend tragfähiges Gerüst für eine straffreie Lebensführung“, so die beiden Sachverständigen.

### **Verlauf der mündlichen Anhörung**

Die Anhörung fand wegen der Zahl der Teilnehmenden in einem normalen Gerichtssaal statt, schon nach wenigen Minuten wurde klar, es würde auf eine Entlassung hinauslaufen, denn der Vorsitzende, er wurde begleitet von einer Richterkollegin und einem Richterkollegen, meinte

lapidar, er habe eigentlich keine weiteren Fragen, das Gutachten sei schlüssig, das Gericht könne diesem gut folgen. Zu Wort kamen kurz die Stationspsychologin, wie auch die anderen Verfahrensbeteiligten, alle hoben die gründliche Arbeit der Sachverständigen, und auch ihre rasche Erledigung des Auftrags, innerhalb von wenigen Wochen, hervor. Nach etwas mehr als einer halben Stunde war der Termin erledigt, denn unter allen Beteiligten bestand Einvernehmen darin, dass nur noch die Entlassung in Frage komme.

### **Ergebnis der Anhörung**

Das Gericht sprach die sogenannte „Erledigung“ der SV aus, d.h. es handelt sich nicht um eine Aussetzung der Bewährung (die eines Tages den Widerruf der Bewährung ermöglichen würde), sondern „Erledigung“ meint, dass die SV vollständig erledigt ist. Als Auflagen wurden erteilt: Mindestens einmal im Monat zur Bewährungshelferin gehen, sowie einmal im Monat zur Forensischen Ambulanz. Den Wohnsitz- /Arbeitsplatzwechsel müsste ich melden, bzw. absprechen mit der Bewährungshilfe. Erfreulicherweise wurde keine elektronische Fußfessel angeordnet, dafür sehe man keine Anknüpfungspunkte, auch eine Meldeauflage (sich bei der Polizeidienststelle melden) sei nicht angezeigt.

### **Weiterer Verfahrensgang nach der Anhörung**

Nun muss das Ergebnis in einen schriftlichen Beschluss gefasst und den Verfahrensbeteiligten, d.h. meinem Verteidiger, mir und auch der Staatsanwaltschaft in den nächsten Tagen zugestellt werden. Dann beginnt eine einwöchige Beschwerdefrist für die StA zu laufen. Legt sie innerhalb dieser Frist sofortige Beschwerde ein, werden die Akten dem Oberlandesgericht in Karlsruhe vorgelegt. Das Rechtsmittel hätte aufschiebende Wirkung, d.h. solange erfolgt keine Freilassung. Wie das OLG entscheiden würde, ist offen; im Regelfall entscheidet es lediglich nach Aktenlage, hört sich also die Beteiligten nicht persönlich an.

*Update vom 21. Juli 2023*

### ***In eigener Sache: Staatsanwaltschaft weiter gegen Freilassung***

Wie am 13.07.2023 berichtet, hat das Landgericht (LG) Freiburg meine Haftentlassung beschlossen.

Wenig überraschend, hat hiergegen die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt. Sie hält die für mich günstigen Gutachten für nicht überzeugend. Nun geht der Fall zum 2. Strafsenat beim Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe, wo voraussichtlich im August oder September mit einer Entscheidung zu rechnen sein dürfte.

**Free Thomas!**  
**Knäste abschaffen!**